

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Juni 2002 Nummer 246
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Keine Agrarindustrie – auch nicht biologisch!

Politik

Wahlkampfqual

Nach scharfen Worten zielt der Bauernverband jetzt mit Plakaten gegen die Grüne Ministerin. Rückwärtsgewandt verteidigt er im Wahlkampf die gute alte Zeit ohne Nebenbuhler. **Seite 3**

Wachstumsbetriebe bevorzugt

Falls die Milchquote 2008 fällt, verlieren alle Milchviehbetriebe an Einkommen. Bis auf jene, die in den letzten Jahren ihre Quote über Pacht und Kauf teuer aufstockten, berechnen Wissenschaftler der Uni Weihenstephan. **Seite 8**

Bewegung

Zwischen Rente und Berufseinstieg

Nur mit viel Ausdauer finden Neueinsteiger einen Hof und Unterstützung von Ämtern. Um Alt- und Neubauern den Weg zu einander zu ebnet, gibt es in einigen Ländern Hofbörsen. **Seite 12 und 13**

Wendland aktiv

Viel vorgenommen hat man sich in der Modellregion, um positive Beispiele für die Agrarwende zu setzen. Wie streitbare Köpfe an einen Tisch und Brennnesseln zu neuen Ehren kommen auf **Seite 11**

Markt

Der Bio-Skandal

Auf den Bio-Höfen schlägt der Skandal voll durch. Selbst langjährige Kunden fragen verunsichert nach – oder bleiben ganz weg. Bauern und Verbraucher sind die Opfer des Skandals. Zu beklagen ist nicht nur eine katastrophale Informationspolitik. Auch der Einstieg der Agrarindustrie in den Biomarkt ist endlich kritisch zu thematisieren. Chronologie des Skandals und eine politische Bewertung auf **Seite 6 und 7**

Weitere Themen:

Unfassbare Saatgutlizenzen **Seite 5**, Jahr der Berge **Seite 14**, Bio-Energie **Seite 16**, Landwirtschaft in Kolumbien **Seite 18** und vieles mehr

Auf zum Bauerntag nach Waging

Präsident Bush hat das US Agrargesetz (Farm Bill) unterzeichnet. Es ist der agrarpolitische Tiefpunkt seiner Präsidentschaft. „Eine verschwenderische Wohlfahrtsmaßnahme für Agrarkonzerne, die die Steuerzahler und die Ärmsten auf der Welt bestraft, nur um einige Wähler zu bestechen“, so fällt das Urteil der angesehenen amerikanischen Zeitschrift Washington Post vom 15.5. aus.

Der Kommentator trifft ins Schwarze. Lager, die sich sonst an der Agrarfront gewiss nicht wohlgesonnen sind, stoßen ins gleiche Horn. Angefangen von EU-Kommissar Fischler über die Cairns-

Gruppe (Ländergruppe der Agrarfrehändler unter Führung von Australien) bis hin zu den US-Agrarprofessoren kritisieren unisono das Gesetz.

Kritisiert wird an der neuen Agrarpolitik der Bush-Administration neben Erhöhung der Agrarausgaben um 70 % das, was subventioniert wird. Die USA steigt jetzt aus dem Kurs der WTO aus, Handelschranken und Exportsubventionen abzubauen. Massivst werden Farmer in



den Ackergürteln durch Garantiepreise und antizyklische Einkommensgarantien vor Risiken der Weltmärkte geschützt und regelrecht zur Überproduktion angeleitet. An 10 % der Betriebe werden nun 60 % der Subventionen gezahlt. Die Marktinterventionsmaßnahmen dienen dazu, die Weltagrarmärkte mit einer neuen Exportoffensive zu erobern. Das zeigen schon einige Begleitprogramme mit Vermarktungshilfen für die Schaffung, Erweiterung und den Erhalt ausländischer Absatzchancen für US-Agrarprodukte.

Während sich die EU gerade brav nach den WTO-Regeln anschickt, die Zwischenauswertung der Agenda 2000

KOMMENTAR

Wasser predigen und Wein trinken.

von der ersten in die zweite Säule umzuschichten, kommen jetzt – auch noch mitten hinein in die heiße Phase der Agrarverhandlungen bei der WTO – Signale aus Washington, die in die Gegenrichtung zeigen.

Besonders die Entwicklungsländer, die ihre Bauern nicht mit entsprechenden Gegenmaßnahmen schützen und stützen können und sehr von den Weltagrarmärkten abhängig sind, werden die Verlierer sein. Die Weltmarktpreise für Getreide und Ölsaaten werden weiter künstlich gedrückt, denn die US-Agrarpreise haben schon immer weltweit den Ton angegeben.

Das US-Garantiesystem ist geschaffen, um den internationalen Getreidehändlern den Erwerb der Erzeugnisse von den US-Farmern möglichst billig zu machen, um dann mit der Billigware Märkte im Ausland zu erobern. Wer wird hier subventioniert, der US-Bauer oder die multinationalen Agrarkonzerne? Das ist staatlich gefördertes Agrardumping im Inland.

Was heißt das nun für Bauern in Deutschland? Der Bauernverband wird sagen, dass es jetzt auch für uns keinen Grund mehr gibt, den McSharry-WTO-Reformkurs der EU-Agrarpolitik fortzuführen. Wir könnten jetzt auch unsere erste Säule wieder stärken, statt auf die zweite umzuschichten. Für die Ökobauern und die Agraropposition wäre es betrüblich, wenn so der Reformprozess zum Stillstand käme. Über die Schwächung der WTO herrscht in beiden Lagern klammheimliche Freude. Doch für die

Entwicklungsorganisationen und die internationale Bauernsolidarität läuten die Alarmglocken: Das internationale Rechtssystem wird durch die Alleingänge der Agrarhandelsriesen USA und EU ausgehebelt, und beide teilen sich die Weltmärkte wieder im dauernden Handelsclinch, wie es schon einmal war.

Rainer Engels, Germanwatch

An alle interessierten Bäuerinnen, Bauern und Verbraucher:

Öffentlicher Bauerntag
der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e. V.

„Bäuerliche Landwirtschaft – unser Zukunftsmodell“

**29. Juni 2002, 19.00 Uhr bis 22.30 Uhr im Strandkurhaus
in Waging am See / Chiemgau**

mit freundlicher Unterstützung von:

FaNaL e. V.- Verein zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft; Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V., Landesverband Bayern; AgrarBündnis e. V.; Naturland e. V.; Deutscher Tierschutzbund e. V.; Bioland e. V.; Schweisfurth – Stiftung; Chiemgauer Naturfleisch GmbH; Tourist-Info Waging; Neuland e.V.; Stiftung Europäisches Naturerbe EURONATUR; Bund Naturschutz in Bayern

Samstag, den 29. Juni 2002 ab 18 Uhr Einlass

- 19.00 Uhr Begrüßung:
Sepp Daxenberger, Bürgermeister in Waging
- Grußwort: Friedrich von Homeyer, AgrarBündnis-Vorstand

Agrarpolitische Kundgebung und Podiumsdiskussion

- 19.10 Uhr Ansprache von Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
- 19.30 Uhr Rede von Bundesministerin Renate Künast
- 20.10 Uhr Podiumsdiskussion unter späterer Einbeziehung des Publikums

Moderator: Sepp Bichler, AbL – Landesvorsitzender in Bayern

Mit: Bundesministerin Renate Künast (Bündnis 90 / Die Grünen), Uwe Bartels (SPD-Landwirtschaftsminister in Niedersachsen), Albert Deß (Agrarpolitischer Sprecher der CSU), Dr. Wolfgang Apel (Präsident des Deutschen Tierschutzbundes / NEULAND), Michael Schreyer (EU-Haushaltskommissarin), Maria Heubuch (Bundesvorsitzende der AbL).

- ca. 22.30 Uhr Abschließende Worte durch die AbL-Landesvorsitzende in Bayern Elisabeth Waizenegger

Sonntag, den 30. Juni 2002

- 10.30 bis 13.30 Uhr Almbegehung in der Nähe von Waging mit Ministerin Renate Künast und weiteren Referenten. Nähere Informationen bei der AbL-Geschäftsführung.

Veranstalter: AbL e.V., ☎ 02381-492220, Fax: -492221; AbL-Landesverband Bayern e.V., ☎ 08679 – 6474; während der Tagung erreichbar: ☎ 08681-47900, Fax: -479055

Unterkunft: Bitte wenden Sie sich rechtzeitig an: Tourist-Info Waging, Salzburger Str. 32, 83329 Waging am See, ☎ 08681-313, Fax: -9676, www.waging-am-see.de

Manch ein Autofahrer drohte in den letzten Wochen vor Staunen in den Graben zu fahren, Bauern in Westfalen verschluckten sich beim morgendlichen Blick in die Zeitung am Kaffee. Machte sich doch der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband (WLV) daran, mit viel Getöse und landesweit aufgestellten Plakaten in die Wahlkampfarena zu steigen: „Überzogene Auflagen 'grüner Politik' führen zwangsläufig zu einem Verlust an Wettbewerbskraft. ... Jetzt haben Sie die Wahl – im wahrsten Sinn des Wortes.“ Mit seiner Eröffnung des Wahlkampfes kam der WLV sogar den Parteien zuvor. Mit der Plakataktion, direkt gegen Bündnis90/die Grünen und indirekt gegen die SPD, setzt der Bauernverband einen Meilenstein in seiner Geschichte. Auf dem Plakat wird dem Verbraucher nahegelegt, die 38.000 Familienbetriebe in Westfalen-Lippe seien alle Hennenhalter und durch die neue Legehennenverordnung vom Ruin bedroht. Vor Journalisten wettete Franz-Josef Möllers, WLV-Präsident, dass durch den Ausstieg aus der Käfighaltung allein das Gewissen von Politikern, Umwelt- und Verbraucherschützern beruhigt worden sei. Damit entlarvt Möllers sein Politikverständnis, ein Abwägen der Interessen zwischen Belangen der Eierindustrie, der Verbraucher und eben auch der Tierschützer erbot sich ihm zutiefst.



Foto: Frobusch

Plakate und Plattheiten

Der Bauernverband im Vorwahlkampf

Alleinherrschaft beendet

Denn hinter all dem aggressiven Auftreten steckt die verletzte Eitelkeit einer Verbandsspitze, die es nicht erträgt, nicht mehr allein als Fürst auf dem Feld der Agrarpolitik auftreten zu

können. Statt bei Anhörungen im Ministerium im trauten Kreise mit Futtermittelhändlern und Lebensmittelindustrie zu sitzen, ist die Runde nun unüberschaubar groß geworden, gehören Natur-, Tier- und Verbraucherschützer plötzlich mit dazu, müssen Vertreter des DBV's zähneknirschend dulden, dass der AbL als Organisation gleiches Rederecht wie ihnen zugestanden wird. So ist die Welt des DBV gründlich aus den Fugen geraten. Rettung verspricht da nur eine neue Person in Berlin. Die grüne Landwirtschaftsministerin muss weg ist das schlichte Ziel des Bauernverbandes. Und alles wird dann wieder wie früher sein: Der deutsche Bauernverband ist der Alleinvertreter der Bauern, seine Macht wird wieder ungeteilt sein. Der Spuk ist vorbei.

Schürt Stimmungen

Dabei hat die neue Agrarpolitik aus Berlin bisher eher symbolische Akzente gesetzt: z.B. Einführung der Modulation mit einer Kürzung von 2% der Mittel mit Freibetrag. Der Ausstieg aus der Käfighaltung ist erst angekündigt, das Aktionsprogramm Ökologischer Landbau ist ein Informationsprogramm, das Ziel 20 % Ökolandbau reine Absichtserklärung ... Die neuen Auflagen, die jetzt in der Landwirtschaft greifen, sind schon vor Jahren unter Federführung von CDU- oder SPD-Agrarministern vom Bund oder der EU beschlossen worden wie das Artikelgesetz (s. Bauernstimme 05/02). Doch stets werden der neuen Bundeslandwirtschaftsministerin alle Gesetze und Verordnungen zugeschrieben, wie im Pflanzenschutz, für dessen zähe

Umsetzung der EU-Richtlinien Deutschland schon von einer EU-Delegation abgemahnt wurde. Verschleppt wurde die Anpassung des Bundesrechts an EU-Bestimmungen von den CDU- und SPD-Vorgängern Künasts. Auf einer Landesversammlung des brandenburgischen Bauernverbandes warnte DBV-Generalsekretär Born vor einer „regelrechte Demotivationskampagne für investitionswillige und entwicklungsfähige Betriebe in Deutschland“ der Ministerin. Das alte Argument, dass die nationalen Alleingänge der Ministerin die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte behinderten, packte Möllers vor den Journalisten zum Auftakt seiner Kampagne aus. Unerwähnt bleibt dabei, dass auch das CSU-regierte Bayern der Legehennenverordnung im Bundesrat zugestimmt hat. Beklagt werden nationale Alleingänge vom Bauernverband mal bei der Legehennenverordnung, mal werden sie lautstark eingefordert wie beim Biosiegel. Dort spielt sich der Bauernverband zum Retter des hohen deutschen Niveaus im Ökolandbau auf, zu dem jedoch weder er noch die Ministerin beigetragen haben, das waren allein die Bauern und Ökolandbauverbände. Schön auch immer wieder die Spiralen, was denn nun die Aufgabe der Agrarpolitik sei, mal donnert der Bauernverband gegen die rein ordnungspolitischen Maßnahmen beim Verbraucherschutzgesetz, mal soll die „Henne aus Berlin“ doch beim Ökolandbau das politische Steuern lassen, da es aus rein „partiideologischen Ansätzen“ geschehe. Gekonnt schürt der Bauernverband Stimmungen und Befürchtungen unter den Bauern z.B. zur Bürokratisierung. Beim neuen Zeichen für die konventionelle Fleischwirtschaft „QS“ ist hingegen wenig Kritisches zur Papierflut für die Betriebe zu hören. Gehört doch der DBV zur QS-Partnerschaft.

Ende der Ideologisierung

Die Strategie des Bauernverbandes besteht aus einem Pfeilhagel gegen das grüne Landwirtschaftsministerium. Damit hofft er die Bundestagswahl im September zu beeinflussen. Aus seiner Sicht ist alles erwünscht und besser als eine grüne Ministerin. Ob Bauern oder interessierte Verbraucher sich davon so ablenken lassen, dass sie nicht mehr überdenken, was an erstaunlichen Argumenten vom DBV aufgefahren wird, wird sich zeigen. Wie das Magazin Focus berichtete, ist als künftiger Landwirtschaftsminister bei einer Regierung Stoiber der Bauernverbandspräsident Sonnleitner im Gespräch. Dann wäre zumindest in den Äußerungen des Bauernverbandes die „Ideologisierung der Agrarpolitik“ vorbei. ms

Was ist dran?

Mit der neuen Legehennenverordnung wandere die Erzeugung ins Ausland ab und in Deutschland gingen Tausende Arbeitsplätze verloren, behauptet der Bauernverband Bei kaum einem landwirtschaftlichen Produkt wissen Verbraucher soviel über die Produktions- und Haltungsform wie bei Eiern. Hennen in Käfigen mag sich kaum einer beim Frühstücksei vorstellen. Zudem zählen Eier zu den Lebensmitteln, die häufig auf Wochenmärkten oder direkt beim Hennenhalter gekauft werden, ob aus Käfig-, Volieren- oder Freilaufhaltung. Das bietet für Bäuerinnen und Bauern die Chance, gerechte Preise für artgerechte Haltungssysteme zu erzielen. In Bayern und Baden-Württemberg gibt es noch viele kleine und mittlere Hennenhalter, die ihre Eier selbst und in Erzeugergemeinschaften zu besseren Erlösen vermarkten. Im Norden Deutschlands bestimmen drei große Eierhändler die Produktion und den Eiermarkt mit Eiern aus Käfigen. Die Konzentration in der Legehennenhaltung gehört zu den größten in der Landwirtschaft. Ein Um-

stieg oder die Erweiterung der Boden- und Auslaufhaltung kann wieder einen Schritt in Richtung einer bäuerlichen Hennenhaltung werden. Auch in den Niederlanden gibt es laut top agrar Überlegungen, keine ausgestaltete Käfige zuzulassen. Bislang werden aus dem westlichen Nachbarland die meisten Eier nach Deutschland importiert. Der Alleingang für die Hennenhalter hier wäre gar keiner mehr. Auch der wichtige Handelspartner produzierte dann zu gleichen Bedingungen und ähnlichen Kosten, die bei der Volierenhaltung nur unwesentlich über denen der in ausgestalteten Käfigen erzeugten Eier liegen. Die Stärke einer bäuerlichen Eierproduktion kann nur in der Qualität liegen, die beim Verbraucher als artgerechte Haltung verstanden wird. Arbeitsplätze rund ums Ei bieten artgerechte Ställe für Hennen mehr als die Billigware aus Käfigen. Die Haltungsform braucht mehr Arbeitskräfte je Hennen und die Eier-Vermarktung mit höheren Erlösen gibt auch mehr Menschen Arbeit und Einkommen.

Film zu Landvergabepraxis

Einen kritischen Bericht über die Landvergabepraxis in Mecklenburg-Vorpommern sendet das WDR-Fernsehen am 04. Juni 2002 um 21.00 Uhr in der Reihe „Dschungel“. Über die Vergabe von BVVG-Flächen, bei der kleinere Betriebe massiv benachteiligt werden, hat die Bauernstimme in der Ausgabe 2/02 ausführlich berichtet. Betroffene wenden sich bitte an die IG Boden (siehe Seite 23).



Keineswegs gradlinig und nachvollziehbar verlief die Vergabe von BVVG-Flächen in Ostdeutschland. Foto: Jasper

KURZES AM RANDE

Rettet das Saatgut

Protest wird gebündelt

Diesen Sommer wird sich entscheiden, ob sich eine handvoll Führungskräfte der Gentechnik-Konzerne oder die Mehrheit der Bauern und der Verbraucher in der Frage der Gentechnik in Landwirtschaft und Ernährung durchsetzen werden. In der EU wird in den nächsten Wochen darüber entschieden, bis wann Saatgut als gentechnikfrei gilt. Was sich wie eine Debatte um die letzte Zahl hinter dem Komma anhört, ist die grundlegende Voraussetzung um den großflächigen Anbau der Gentechnik-Pflanzen in der EU durchzudrücken. Nach Plänen der EU-Kommission sollen bei Raps bis zu 0,3%, bei Mais 0,5% und bei Sojabohnen bis zu 0,7% gentechnische Verunreinigung im Saatgut als gentechnikfrei gelten, was je ha e 30 bzw. 70 m² Gentechnik-Pflanzen bedeutet.

Die Zukunftsstiftung Landwirtschaft hat nun die Initiative ergriffen und führt den Protest gegen die flächendeckende Einführung der Gentechnik in die Landwirtschaft über das Saatgut zusammen. Etli-

che Verbände, Organisationen und Einzelpersonen kritisieren die Pläne der EU-Kommission, die Last eines garantiert gentechnikfreien Anbaus auf die Mehrheit der konventionellen Bauern und auf alle Biobauern abzuwälzen statt die Gentechnikkonzerne und großen Saatgutunternehmen zu verpflichten, für ihre Entwicklungen zu haften. Es liegt auf der Hand, dass sowohl für kleinere Zuchthäuser die garantiert gentechnikfreie Vermehrung von Saatgut als auch für kleine und mittlere Bauern der gentechnikfreie Anbau besonders aufwändig und teuer zu gestalten ist. Greenpeace wies Mitte Mai auf eine noch unveröffentlichte Studie für die EU-Kommission hin, nach der für Landwirte bis zu 40% zusätzliche Kosten für die Gentechnikfreiheit entstehen würden, sobald 10% der Flächen mit Gentechnik-Pflanzen bebaut seien.

Bis Ende Juni sammelt die Zukunftsstiftung Landwirtschaft Unterschriften und reicht sie dann an die zuständige Ministerin und an die EU-Kommissare weiter. ms

GV-Verfolgung

Brasilien geht hart gegen den verbotenen Anbau von gentechnisch veränderten Sojabohnen vor. 15 Farmer wurden verhaftet, die GV-Bohnen konfisziert. pm

Aufstand der Milchbauern

„Aufstand der Milchbauern“ – so berichtet die Süddeutsche Zeitung über eine Demonstration von 2000 Milchbauern vor der Zentrale der Großmolkerei Müller in Aretsried bei Augsburg. Müller will seinen 3.200 Milchlieferanten den Verwertungszuschlag je Kilogramm Milch (bisher 5,11 Cent) um drei Cent kürzen. Leonhard Keller (Bauernverband) räumte Probleme auf dem europäischen Milchmarkt ein, der Erzeugerpreis sei um zwei auf derzeit 27,50 Cent gesunken. Die zusätzliche Kürzung des Verwertungszuschlages sei aber trotz der Erlösrückgänge bei Butter und Magermilch nicht plausibel und nicht hinnehmbar. Das Beispiel von Müller-Milch würde eine Abwärts-Preisspirale bei anderen Molkereien nach sich ziehen. Als die Müller-Geschäftsleitung einer Bauern-Delegation mitteilte, dies sei „nicht mehr verhandelbar“, brachen die Bauern die Gespräch ab: „Wir geben nicht kampflos auf!“ Anfang Mai haben abermals mehrere tausend bayerische Milchbauern gegen einen Verfall des Milchpreises demonstriert. Allein in Weiding forderten 2.000 Bauern vor dem Nestlé-Werk eine Rücknahme der Milchpreissenkung um sechs Cent. Jakob Hölzl, Vorsitzender des Milcherzeugerverbandes, überreichte eine Resolution, in der die volle Abwälzung der Marktlage auf die Bauern als nicht hinnehmbar bezeichnet wird. en

„Neuenfelde blüht schwarz!“

Die vielen Tausenden Besucher des Obstbaugebietes „Altes Landes“ bei Hamburg fahren in diesem Frühjahr nicht nur durch blühende Apfelanlagen, sondern auch durch schwarz geflaggte Straßen. „Anlass für die Wut und das Entsetzen“, so die Bürgerinitiative in den Hamburger Elbdörfern Neuenfelde und Francop, „sind die zerstörerischen Planungen des Hamburger Senats: ...die Verlängerung der Airbus-Landebahn nach Neuenfelde hinein mit den dazugehörigen 8.000 Starts und Landungen im Jahr“ sowie der Bau einer Autobahn, einer Airbus-Zubringerstraße und einer Ortsumgehung quer durch die Obsthöfe. Die Art und Weise, wie der airbushörige Senat die Betroffenen täusche und entrechte und sich in beispielloser Salamitaktik Flächen hole, vernichte jegliches Vertrauen in Hamburgs Politik. Der Pastor der örtlichen Kirche will nun auch gegen den Senat klagen. Nach einer großen Trecker-Demonstration in die Hamburger City wurde der Widerstand der Anwohner, Obstbauern und Naturschützer nun durch kurze Straßenblockaden, Protestplakate und schwarze Fahnen deutlich gemacht. pm

Reinhaltung des Saatgutes in der EU von gentechnisch veränderten Organismen

Petition an die EU-Kommissare David Byrne, Franz Fischler und Margot Walström European Commission, Rue de la Loi 200, B-1049 Bruxelles, Belgium

Die Ministerin für Verbraucherschutz, Ernährung, Landwirtschaft, Renate Künast, Wilhelmstr. 54, 11055 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit großer Sorge habe ich erfahren, dass die Europäische Kommission eine Richtlinie vorgeschlagen hat (SANCO/1542/02- January 2002), die künftig die Verunreinigung von Saatgut mit gentechnisch veränderten Sorten (GVO) bis zu Grenzwerten von 0,3 bis 0,7 Prozent zulassen soll. Ich möchte mich auch in Zukunft darauf verlassen können, dass Produkte, die nicht als GVOs gekennzeichnet sind, tatsächlich nicht gentechnisch verändert sind. Das wäre nicht mehr gewährleistet, wenn künftig auch nicht gentechnisch veränderte Sorten einen GVO-Anteil von 30 bis 70 Quadratmetern pro Hektar enthalten könnten, ohne dass dies den betroffenen Bauern auch nur bekannt ist. Auch aus Gründen des vorsorgenden Umwelt- und Gesundheitsschutzes erscheint mir eine solch unkontrollierte Verbreitung und Vermehrung von GVOs nicht vertretbar.

Ich fordere Sie deshalb auf, dafür zu sorgen, dass die Reinhaltungsvorschriften für nicht gentechnisch verändertes Saatgut grundsätzlich keine Verunreinigung mit GVOs zulassen. (Als verlässlich überprüfbare und einzuhaltende, technische Nachweisgrenze gilt derzeit ein Grenzwert von 0,1 Prozent.)

Selbstverständlich müssen für die Reinhaltung des Saatgutes diejenigen Sorge tragen, die GVOs herstellen oder anbauen wollen und nicht jene, die wie bisher ohne Gentechnik Landwirtschaft betreiben und gentechnisch nicht veränderte Produkte konsumieren wollen. Dadurch entstehende Kosten dürfen nicht den Verbrauchern und schon gar nicht den Bauern aufgebürdet werden. Für wirtschaftliche und andere Schäden haben die Hersteller von GVOs zu haften. Hierfür ist gegebenenfalls auch in anderen einschlägigen Richtlinien, Verordnungen und Gesetzen Sorge zu tragen, bevor die vorgeschlagene Saatgut-Richtlinie der EU in Kraft tritt.

Petition per Post mit Unterschrift und Adresse an: Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Rungestr. 19, 10179 Berlin,

Petition online unterzeichnen: www.zs-l.de/gmo/petition.htm

Oder direkt Mail an info@zs-l.de mit Betreff „Petition“,

Petition zum Ausdrucken laden: www.zs-l.de/gmo/downloads/Petition.pdf

Erstunterzeichner:

ABL- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft; AGÖL Arbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau, Prinz Felix zu Löwenstein; ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Nina Frank; BAG eJ, Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum, Ute Rönnebeck; Bingenheimer Saatgut AG, Petra Boie; Bioland Bundesverband, Thomas Dosch; Biopark Bundesvorstand, Heide-Dörte Matthes; BNN Bundesverbände Naturkost Naturwaren; BUND Bundesverband; Demeter International e.V.; DNR Deutscher Naturschutzring, Helmut Röscheisen; Dr. Thomas van Elsen, Universität Kassel- Witzenhausen; Ernst v. Weizsaecker; FiBL Berlin e.V., Dr. Robert Hermanowski; FÖL Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg e.V., Michael Wimmer; Forschungsring für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise; Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf; Gaa-Bundesvorstand, Kornelia Blumenschein; Greenpeace International; KLB Bundesvorstand der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands e.V.; NABU – Bundesverband, Cornelia Wiethaler; Naturland e.V., Gerald A. Herrmann; Nikolai Fuchs, Landwirtschaftliche Abteilung Goetheanum Dornach; Prof. Dr. Herbert Zucchi, Fachbereich Landschaftsarchitektur, Fachhochschule Osnabrück; Schweisfurth-Stiftung, Prof. Dr. Franz-Theo Gottwald; SÖL Stiftung Ökologie und Landbau; Ulrike Ottenottebrock-Völker, Mitglied im Vorstand Agrarbündnis; WWF Deutschland, Hilmar v. Münchhausen; zs-l Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Neue Herren und Knechte

Gentechnik macht freien Nachbau unmöglich

Die Rückkehr der Leibeigenschaft lässt sich ohne Übertreibung beschwören, hört man was in Kanada auf dem Lande so vor sich geht. „Sie haben den Vorteil, dass Sie bei uns sehen können, was auf Sie zukommen wird“, mahnte denn auch Percy Schmeisser, Farmer aus der kanadischen Region Saskatchewan, die rund 50 Zuhörer auf einem Hof in der Nähe des niedersächsischen Örtchen Helvesiek. Dort hatte der Konzern Monsanto im vergangenen Jahr einen Freisetzungversuch mit gentechnisch verändertem Mais angelegt, bei dem es zu Auskreuzungen der Versuchspflanzen mit Pflanzen eines konventionellen Nachbarfeldes kam. Es formierte sich bereits im Vorfeld des Versuches ein starker örtlicher Widerstand – und nun lauschten die Aktivisten, was Percy Schmeisser zu berichten hatte. Dieser gelangte mittlerweile nicht nur in Kanada zu gewisser Berühmtheit, weil er seit nun mehreren Jahren einen aufsehenerregenden Rechtsstreit eben mit Monsanto führt. Der Konzern wirft ihm vor, unerlaubterweise gentechnisch veränderten Raps, dessen Patentrechte Monsanto hält, angebaut zu haben. Schmeisser hingegen behauptet, die auf seinen Äckern gefundenen Genrapspflanzen sind durch Auskreuzung dorthin gekommen. Nur aufgrund der Tatsache, dass die Pflanzen dort wach-

sen, verurteilte das erstinstanzliche Gericht Schmeisser zur Zahlung von umgerechnet rund 100.000 Euro Lizenzgebühren an Monsanto. Damit wird deutlich, was der eigentliche Skandal der Geschichte ist. Bäuerinnen und Bauern werden über den Hebel der Gentechnik und der Patente zu neuen Mägden und Knechten. Selbst wenn sie – wie Schmeisser – keine sogenannten Technologieverträge mit Konzernen wie Monsanto unterschrieben und jahrzehntelang Nachbau eigens selektierter Pflanzen betrieben haben, ereilen sie schließlich die vollendeten Tatsachen, vor die die Konzerne sie stellen.

Keine Koexistenz

In Kanada Raps oder Sojabohnen anzubauen, ohne sich Gentechnik und damit Lizenzforderungen der Industrie einzufangen, ist praktisch unmöglich. „Es gibt kein Nebeneinander von konventioneller und Gentech-Landwirtschaft“, ist denn auch Percy Schmeissers niederschmetternde Erkenntnis. Durch Auskreuzungen verbreiten sich die in Privatbesitz befindlichen Gene überall hin. Bio-Bäuerinnen und -Bauern in Kanada haben aufgegeben,



In Kanada kann kein konventioneller Raps mehr angebaut werden. Es drohen Lizenzklagen von der Gentech-Industrie. Foto: Schimpf

Raps und Soja anzubauen. Die von den Konzernen gern beschworene Wahlfreiheit der Bauern und Verbraucher ist zur Farce geworden. Hinzu kommt, dass die Überwachungs- und Vertragskultur der Gentechfirmen die sozialen Strukturen auf dem Land angreift, Misstrauen und Angst sät. Außerdem macht es den Nachbau der eigenen Ernte zum Balanceakt am Rande der Kriminalität.

Unsere heimischen Nachbaugebühren und das Ausforschungsgefahren der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH sind tatsächlich nur ein Vorgeschmack darauf, was in Zukunft auf uns zukommt. cs

Gebühren zurück?

Auch das Bundeskartellamt setzt sich bereits seit geraumer Zeit mit dem Thema Auskunft und Nachbaugebühren auseinander. Jetzt kam es – als oberste, die Angelegenheit aus seiner Sicht kommentierende Behörde – zu der Auffassung, dass das Vorgehen der STV kartellrechtswidrig ist. Damit bestätigt das Amt die juristischen Aussagen des Kartellgerichts in Hannover (siehe Bauernstimme 5/02). Unklar ist noch, ob als Konsequenz daraus sogar denkbar ist, dass die STV ihre bisher über ein kartellrechtswidriges Verfahren eingesammelten Nachbaugebühren wieder zurückzahlen muss.

Neuer Fall, neues Glück?

STV will EUGH-Verfahren stoppen, um den Generalanwalt noch umzustimmen

Es ist schon eine besonders selbstbewusste Weltsicht, dass Gerichte immer dann irren, wenn sie gerade Entscheidungen treffen, die nicht haargenau den eigenen Auffassungen entsprechen. Dass die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) und die Pflanzenzüchter soviel Selbstbewusstsein besitzen, machten sie schon mehrfach und nun auch im Zusammenhang mit der derzeit laufenden Entscheidung vor dem europäischen Gerichtshof (EUGH) deutlich.

Zur Erinnerung: Vor der obersten juristischen Instanz Europas hatte eine mehr als zweistündige mündliche Verhandlung zur Auskunftspflicht in Sachen Nachbaugebühren stattgefunden, die Anwälte der streitenden Parteien brachten ihre Argumente ein und wurden ebenso wie ein Sachverständiger der EU-Kommission ausführlich von dem die Verhandlung führenden Generalanwalt befragt. Dieser legte einige Wochen später seinen Schlussantrag – die Zusammenfassung seiner Erkenntnisse – vor. Üblicherweise orientiert sich das Gericht dann bei seiner Entscheidung an den Empfehlungen des Generalanwal-

tes. Offensichtlich waren die Aussagen des Generalanwaltes nicht das, was die STV und die Pflanzenzüchter gerne hören wollten. Er lehnte nämlich einen pauschalen Auskunftsanspruch der STV ab. Stattdessen sieht er eher die Züchter in der Hol-Bringschuld, wenn es darum geht, wie Informationen über den Nachbau ausgetauscht werden sollten. Für den Bund deutscher Pflanzenzüchter (BDP) sind das „merkliche Fehlschlüsse“. Deshalb beantragten STV und Pflanzenzüchter, das laufende Verfahren einzustellen und stattdessen einen ähnlich gelagerten Fall vor dem EUGH neu aufzurollen. „In einem Parallelverfahren des Oberlandesgerichts Düsseldorf bietet sich nun der STV die Möglichkeit, zu den Ausführungen des Generalanwaltes Stellung zu nehmen und in den offenen Fragen eine weitere Präzisierung zu erreichen“, heißt es in einer Pressemitteilung. Es entspreche zum Beispiel nicht den Tatsachen, dass Züchter jederzeit Kenntnis über den Verkauf und Vertrieb ihrer Sorten hätten. Man könne sich deshalb – wie vom Generalanwalt angeregt – nicht so

einfach die entsprechenden Informationen über die Saatgutverkäufer besorgen. In ihrem Schreiben an das Gericht führen die Anwälte der STV außerdem an, dass die „insbesondere in tatsächlicher Hinsicht zum Teil schlicht unzutreffenden Ausführungen des Generalanwaltes nicht zur Grundlage für eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs werden“ sollen.

Was lange währt...

Anstatt also bald eine vielleicht etwas unangenehme EUGH-Entscheidung akzeptieren zu müssen, möchten die Züchter einerseits noch ein bisschen mehr Zeit, um Bäuerinnen und Bauern Informationen abzupressen (nach wie vor landen die Fragebogen der STV auf den Höfen) und andererseits möglichst so lange Einfluss auf das Gericht nehmen, bis es in ihrem Sinne entscheidet.

Der beklagte Bauer und die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze haben sich entschieden dies Spielchen nicht mitzumachen und die Einwilligung für den Klagerückzug verweigert. cs



Bio-Skandal in Agro-Industrie: Was ist passiert?

Noch prägt vor allem Unklarheit den bisher größten Bio-Skandal in Deutschland. Die Informationspolitik ist mangelhaft und begründet der Verdacht von Vertuschung. Hier ein chronologischer Ablauf der bisher bekannten Ereignisse



Dieser Betrieb in Niedersachsen wurde in den letzten Tagen im Fernsehen als das Futtermittelwerk genannt, von dem die Bio-Geflügelhalter Mischfutter bezogen haben. Foto: Archiv

Im Dezember 2001 oder im Januar 2002 fand ein Babynahrungshersteller in Bio-Putenfleisch eine Substanz, auf die hin kaum ein Lebensmittel-Untersuchungs-Labor in Deutschland noch regelmäßig untersucht: Nitrofen. Berichtet wird zuerst, dass es das haus-eigene Labor der Firma „Hipp“ gewesen sei. Hipps Marketing-Direktor R. Tafferner nennt später als Termin des Nitrofen-Fundes in Putenfleisch erst den April 2002. Hipps Kontrollen sind außergewöhnlich umfangreich. Deshalb ist es wahrscheinlich, dass das Nitrofen nicht gefunden worden wäre, wenn es nicht Hipp angeboten worden wäre. Die Öffentlichkeit, Ministerien und Verbände wurden jedoch anscheinend nicht informiert. Das Putenfleisch stammte nach bisherigen Erkenntnissen (zumindest auch) vom Agrarindustriellen T. aus der Nähe von Vechta (Niedersachsen), der auch einen Naturland-Geflügel-Betrieb (180 ha) unterhält. Hipp nahm die Ware nicht an, sondern hat sie zurückgewiesen und seine(n) Lieferanten über den Befund informiert.

Im Januar Proben eingeschickt

Am 28. Januar 2002 wurden vom Lieferanten Fleisch- und Futterproben an die Bundesforschungsanstalt für Fleischforschung, Kulmbach, geschickt. Laut Amtsleiter Karl Honikel lagen die Ergebnisse Anfang März vor: Die Proben von Bio-Puten-Fleisch enthielten Nitrofen in 10-fach über dem Grenzwert liegender Konzentration. Laut Naturland lagen die Ergebnisse dem Liefere-

ranten am 19. bzw. 28. März vor. Die Bundesanstalt informierte weder das Bundesministerium noch Naturland; öffentlich wird der Fund der BFA erst am 27. Mai. Nach Angaben des Lieferanten gegenüber Naturland wurde das Futtermittelwerk über die Nitrofen-Funde unterrichtet. GS Agri schickte am 19. März eine weitere Futterprobe an das private Hamburger Labor Specht.

Futtermittelwerk

Bei dem Futtermittelwerk handelt es sich um die „GS agri Handelsgenossenschaft eG“ im niedersächsischen Schneiderkrug. Die Waren-Genossenschaft mit rund 1000 Mitgliedern handelt u.a. mit Futtermitteln, betreibt Baumärkte und ist auch an diversen industriellen Schweine-Anlagen beteiligt. Dazu gehört auch das Vorhaben, fünf 2000er Sauen-Ställe (natürlich nicht bio) zu bauen, wogegen Bauern protestieren. Der Jahresumsatz wird auf 72,5 Mio. € geschätzt. Der Bioanteil am Futtermittelhandel wird mit 10 % angegeben. Abnehmer des Biofutters von GS Agri sind über 100 Betriebe im Bundesgebiet.

Industrielle Struktur

Hauptabnehmer sind aber wohl die 19 Naturland- und 5 Bioland-Betriebe, die vertraglich an die Wiesengold Landei GmbH & Co KG, Twistingen, gebunden sind und für Wiesengold Eier, Hähnchen und Puten erzeugen. Zusammen kommen die Betriebe, die für Wiesengold Eier erzeugen, auf 220.000

bis 240.000 Legehennen. 180.000 Eier am Tag werden in der Wiesengold-Packstelle verpackt. Geschäftsführender Gesellschafter von Wiesengold ist Heinrich Tiemann.

Kontrollstellen

Zurück zum Ablauf: Am 28. März, nachdem Probeergebnisse mit den Nitrofen-Funden beim Lieferanten eingetroffen sein sollen, haben sich drei Bio-Kontrollstellen in einer Telefonkonferenz über den Befund beraten und anschließend das Brandenburgische Agrarministerium informiert. Dabei berichtet die „Gesellschaft für Ressourcenforschung Göttingen“ den anderen Unternehmen, „Agro-Öko-Consult“ Berlin und „Grünstempel“ aus Magdeburg, von Hinweisen, dass ein Pestizid über Öko-Getreide in Öko-Geflügelfleisch gelandet sei. Nitrofen sei nicht genannt worden, heißt es von einem Teilnehmer der Telefonkonferenz, wohl aber der Name eines Öko-Getreideerzeugers in der brandenburgischen Uckermark. Dieser Betrieb gehört keinem Bioverband an, sondern lässt sich nach der EU-Öko-Verordnung kontrollieren. Wie es heißt, soll der Betrieb ein juristisch getrennter Partnerbetrieb eines konventionellen Betriebes sein. Am 29. März haben Mitarbeiter der Agro-Öko-Consult den EU-Bio-Betrieb untersucht, ohne etwas zu finden, auch kein Getreide mehr. Einen Tag später informierte die Kontrollstelle das brandenburgische Ministerium telefonisch, das aber nicht tätig wurde. Vor Agro-Öko-Consult

sollen bereits staatliche Prüfer der LUFA Rostock, Mecklenburg-Vorpommern, auf dem Betrieb in der Uckermark gewesen sein und Proben genommen haben, und zwar im Auftrag des Neubrandenburger Futtermittelherstellers „Norddeutsche Saat- und Pflanzgut AG“. Das Unternehmen soll Getreide von dem Betrieb aus der Uckermark aufbereitet und an den Futtermittelhersteller GS Agri weiterverkauft haben. Die Rostocker haben anscheinend kein Herbizid gefunden.

Naturland nimmt Kenntnis

Naturland erhält eigenen Angaben zufolge erstmals Anfang April telefonisch Kenntnis von Nitrofen-Funden. Als Konsequenz der Funde, so ist zu erfahren, soll das „Qualitäts-Sicherungs-System“ der Futtermühle verbessert worden sein. Proben sollen nun nicht mehr nur im „großen“ Getreidelager bei der Einlieferung gezogen worden sein, sondern jeweils auch beim Einmischen jeder Partie. Das hieß im Umkehrschluss, dass das Getreide weiter im Lager geblieben und nach und nach – unter Probenahme – eingemischt worden ist. Naturland informierte weder Öffentlichkeit noch Ministerien.

Erste Rückrufaktion

Ende April wird dann wiederum Nitrofen gefunden. Ein großer, bundesweit aktiver Naturkost-Großhändler startet eine Rückrufaktion von Putenwurst unterschiedlichen Herstellungsdatums. Die Öffentlichkeit wird nicht informiert, ebenso wenig die Ministerien.

Nitrofen

Das Herbizid Nitrofen wurde unter den Handelsbezeichnungen Tok 2, Tok E 25 und Tokkorn verkauft und als Granulat ausgebracht. Entwickelt wurde das Mittel 1964 in den USA. Nach Auskunft der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Braunschweig (BBA) war Nitrofen in den alten Bundesländern bis 1980 zugelassen. Die Zulassung sei danach nicht mehr verlängert worden, weil es Bedenken gegeben habe, dass direkt damit arbeitende Menschen geschädigt werden könnten. Ein vollständiges Anwendungsverbot gab es in der BRD 1988, in den neuen

Ländern dann im Jahr 1990. Laut BBA ist das Mittel in einigen osteuropäischen Ländern noch zugelassen. Nach der Rückstands-Höchstmengenverordnung gilt für Nitrofen eine allgemeine Höchstmenge von 0,01 mg/kg Lebensmittel. Die Nachweisgrenze liegt bei 0,004 mg/kg. Gefunden wurden Belastungen in Konzentrationen von bis zu 5,96 mg/kg. Nitrofen ist wasserunlöslich und reichert sich im Fettgewebe an. Es wird im Körper nicht abgebaut. In Tierversuchen wurde eine krebsfördernde Wirkung festgestellt. Zudem ist es stark hautreizend. *pm*

AbL: „Agrarindustrie bringt Biomarkt in Gefahr“

Risiken industrieller Strukturen auch im Biobereich thematisieren!

Der Bio-Skandal bringt agrarindustrielle Strukturen ans Tageslicht, über die bisher allgemein wenig berichtet worden ist, mit Ausnahme der Bauernstimme, die bereits mehrfach auf Entwicklungen und Vorfälle in diesem Biogeflügelbereich hingewiesen hat. Wer sich die Firmen, die nun betroffen sind, genauer ansieht, findet einen agrarindustriellen Komplex vor, mit Massentierhaltung auf „biologisch“, mit Firmenbeteiligungen quer durch konventionelle und ökologisch zertifizierte Unternehmen und Betriebe. Da ist die „Wiesengold Landei GmbH & Co KG“, mit Heinrich Tiemann als geschäftsführender Gesellschafter. Wiesengold hält bzw. hat 220.000 – 240.000 Hühner unter Vertrag. Sie liefert Bioeier u.a. an einen der größten Eier- und Geflügel-Konzerne in Deutschland, die Heidegold Holding GmbH & Co. KG mit Sitz in Fintel. Zu dieser Holding gehört auch die Wiesengold Landei, ebenso wie die Deutsche Frühstücksei GmbH u.a. Heinrich Tiemann ist auch die zentrale Figur bei der „Grüne Wiesen Biogeflü-

gel GmbH“, die Bio-Puten und -Hähnchen mäset. Grüne Wiesen und Wiesengold Landei beziehen Futter bei GS Agri in Schneiderkrug, die bei einem Jahresumsatz von 72,5 Mrd. € u.a. mit Futter handelt, vornehmlich mit konventionellem, zu 10 % auch mit Biofutter. Die Rohstoffe werden in großem Stil bezogen, mit unterschiedlichsten Herkünften.

Warnung vor Agrarindustrie

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) sieht sich durch den Bio-Skandal in ihrem hartnäckigen Eintreten für die bäuerliche Landwirtschaft in bedauerlicher Weise bestätigt. „Der ökologische Landbau ist über Jahrzehnte in mühevoller Arbeit von Bauern und Bäuerinnen in der Praxis entwickelt worden. Die konsequent bäuerlichen Betriebe haben sich ihren Markt selbst erschlossen und wurden dabei erst bekämpft und beschimpft, dann belächelt. Heute ist der Biomarkt ein interessanter Wachstumsmarkt, in den nun auch industriell strukturierte Betriebe eingestiegen sind. Die Risiken

von Unregelmäßigkeiten steigen aber in dem Maße, wie die Arbeitsteilung zunimmt und von dem Grundsatz des ökologischen Landbaus abgerückt wird, in engen Betriebskreisläufen und möglichst mit hofeigener Futtergrundlage zu wirtschaften“, kommentiert der AbL-Vorsitzende und Biobauer Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf die offensichtlichen Unregelmäßigkeiten. Maria Heubuch, AbL-Bundesvorsitzende und konventionelle Bäuerin aus dem Allgäu, warnt davor, jetzt die vom Deutschen Bauernverband in letzter Zeit wieder stark geschürten Grabenkämpfe zwischen konventionell und biologisch wirtschaftenden Kollegen noch zu vertiefen. „Das Beispiel zeigt, dass bäuerliche Betriebe in Gefahr gebracht werden, wenn agrarindustrielle Unternehmen durch grob fahrlässiges oder gar kriminelles Handeln das Vertrauen der Verbraucher und letztlich unsere Märkte ruinieren“, so Heubuch. Das sei im Ökolandbau nicht anders als in der konventionellen Landwirtschaft.

Die AbL hält es für notwendig, die Risi-

ken industrieller Strukturen zu thematisieren sowie an Rahmenbedingungen zu arbeiten, die bäuerliche Betriebe stärken. Von großer Bedeutung sei deshalb das von Bundesministerin Künast angekündigte „Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft“. Es sei wichtig, dieses Programm gemeinsam mit anderen bäuerlichen Interessenvertretungen mit inhaltlicher Substanz zu füllen.

Eine Debatte um den Wert bäuerlicher Arbeit und über die Rahmenbedingungen sei ebenso notwendig wie eine politische Antwort auf das preistreibende „Wachsen oder Weichen“ in der Landwirtschaft, so die AbL in einer ersten Erklärung. Ein wesentlicher Ansatzpunkt dabei sei, die Wettbewerbsnachteile für bäuerliche Betriebe gegenüber rationalisierten Unternehmen abzubauen. „Die Gelder müssen dahin gehen, wo die Arbeit geleistet wird, nicht wo sie wegrationalisiert wird. Deshalb brauchen wir die Anbindung der EU-Zahlungen an die Arbeitskräfte auf dem Betrieb“, so Graefe zu Baringdorf. *uj*

Fortsetzung von Seite 6

Anfang Mai gibt es in Futtermitteln neue Funde von Nitrofen, über die der Naturland-Verband nach eigenen Angaben am 16. Mai informiert wird. Naturland reagierte darauf damit, dass ein „vorsorgliches Kennzeichnungsverbot mit dem Naturland-Zeichen“ verhängt wurde für alle Produkte, „falls Nitrofen-Rückstände in Tieren oder Produkten nachgewiesen werden“.

Selbstanzeige vom Putenmäster

Am 2. Mai zeigte sich bei der Staatsanwaltschaft Oldenburg ein Putenfleisch-Anbieter selbst an, weil er Produkte verkauft hatte, in denen Nitrofen nachgewiesen worden sei. Diese Selbstanzeige teilte das niedersächsische Ministerium am 27. Mai mit. Die Ermittlungen Ende Mai ergaben Verdachtsmomente, die zur Beschlagnahmung von 240 t Putenfleisch führten, das zum Export nach Russland bestimmt war. Ebenfalls auf Anfang Mai sind nach Nitrofen-Funden Bio-Geflügel-Bestände gekeult, d.h. getötet und vernichtet worden. Auf den 2. Mai wird ein Anruf eines Mitarbeiters einer Ökokontrollstelle bei der Bezirksregierung Lüneburg datiert, der von Verdachtsmomenten über mit Nitrofen belastetes Getreide berichtete. Die Behörde ging dem Hinweis nicht nach,

wie am 27. Mai bekannt wurde.

Futterpartie wird gesperrt

10. Mai: GS Agri vollzieht die erste Sperrung von Futtermittel-Auslieferungen. Allerdings wurde nicht das Werk an sich gesperrt, sondern nur bestimmte Getreidepartien im Lager. Laut Naturland wurden „Rezepturen umgestellt und das möglicherweise belastete Futter von den Erzeugerbetrieben zurückgeholt“.

Zweite Rückrufaktion

Die Aktion kam zu spät, belastetes Futter war wiederum längst verfüttert, so dass am 17./18. Mai in Eiern Nitrofen gefunden wurde. Die Eier wurden laut Naturland nicht ausgeliefert. Naturland erfuhr von speziell diesen Untersuchungsergebnissen nach eigenen Angaben am 24. Mai. Einen Tag vorher, am 23. Mai, startete Wiesengold eine bundesweite Rückrufaktion, u.a. bei Edeka wurden Eier aus den Regalen geräumt. Die Eier wurden vernichtet.

AbL aktiv

Am 21. Mai wurde der Bundesvorsitzende der AbL durch einen Insider der Bio- und Futtermittelszene von Vorgängen um Nitrofen-belastete Ökowanen unterrichtet. Daraufhin werden

vom AbL-Vorstand Recherchen ange stellt und Ministerien und Vorstände von Bioverbänden informiert. Der AbL-Vorstand fasste den Beschluss, spätestens am 23. Mai mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit zu gehen und teilte das den Vorständen der Bioverbände mit.

Öffentlichkeit erfährt was

Das Bundesministerium erfuhr am Dienstag nach Pfingsten, 21. Mai, telefonisch, und zwar nicht zuerst von Naturland, von den Nitrofen-Belastungen in Biogeflügelprodukten und informierte am 23.05 u.a. das niedersächsische Ministerium. Am 23. Mai gingen Naturland und Bioland mit Presseerklärungen an die Öffentlichkeit, ebenso die AbL. Einen Tag später erstattete der niedersächsische Landwirtschaftsminister Bartels Strafanzeige wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Futtermittelgesetz in Verbindung mit Betrug.

Einen weiteren Tag später recherchierten die Medien auf dem o.g. Ökobertrieb in der Uckermark. Von diesem Betrieb, so die Vermutung, sollten Futtergetreide stammen, mit denen das Nitrofen-Problem bei GS Agri eingeschleppt worden sei. Im November 2001 hat dieser Betrieb rund 105 t

Öko-Futterweizen an die Norddeutsche Saat- und Pflanzgut AG in Mecklenburg-Vorpommern verkauft, der das Getreide weiter an die „GS Agri“ im niedersächsischen Schneiderkrug verkauft hat. Doch die Nachuntersuchungen auf dem Betrieb haben den Verdacht bislang nicht erhärten können. Am 28. Mai teilte das niedersächsische Ministerium mit, dass GS Agri seit November '01 bei Eigenkontrollen insgesamt 31mal Nitrofen nachgewiesen bekommen hat. Bei den ersten Kontrollen der GS Agri-Unterlagen fehlten für etliche Parteien Weizen und Triticale Angaben über Absender bzw. Erzeuger...

Fazit vorab

Der Skandal wird Behörden und Medien noch lange beschäftigen. Zu hoffen ist aber vor allem, dass nun innerhalb der Biolandwirtschaft die richtigen Fragen endlich zugelassen und ausgiebig und zielführend diskutiert werden, Fragen über die Entwicklungen im Ökolandbau, und zwar nicht nur was Preise und Mengen angeht, sondern auch was Erzeugung, Betriebskreisläufe, Kontrollen, Nachvollziehbarkeit und die Vertretung der Interessen der Biobauern und Bäuerinnen angeht. *uj*

BayWa-WLZ marktbeherrschend?

Das Bundeskartellamt hat die geplante Fusion von Europas größtem Baustoff- und Agrarhandelskonzern BayWa AG mit der baden-württembergischen WLZ Raiffeisen unter bestimmten Auflagen freigegeben. Obwohl die beiden Großgenossenschaften ein Geschäftsvolumen von etwa 65 Millionen Euro an ein drittes Unternehmen veräußern müssen, entsteht doch mit einem Umsatz von sechs Milliarden Euro ein dominierender Agrarhandelskonzern in Süddeutschland. Erst kürzlich war mit der „Lagerland“, einem Zusammenschluss der süddeutschen nichtgenossenschaftlichen Landhändler, ein letzter BayWa-Wettbewerber in Konkurs gegangen. Der erste Fusionsversuch BayWa-WLZ war Anfang der 90er Jahre vom Kartellamt untersagt worden, unter anderem zum Schutz der Landwirte vor einer drohenden marktbeherrschenden Stellung von BayWa-WLZ. Negative Folgen für die Bauern wird auch die von der BayWa angekündigte Schließung von zahlreichen ländlichen Filialen bringen. In den Entscheidungsgremien der beiden Großgenossenschaften, die Anfang Juli über die Fusion entscheiden, sitzen auch etliche Bauernverbands-Funktionsträger, u.a. Präsident Sonnleitner. gf

...nicht ganz frisch

Einen Werbespot des Unilever-Konzerns für seine Iglo-Tiefkühlkost hat der Bundesverband Deutscher Fruchthandelsunternehmen stoppen lassen. Im Unilever-Radiospot war das „nicht mehr ganz so frische Gemüse“ auf Wochenmärkten und dessen „horrender Preis“ in Gegensatz gesetzt worden zu „knackfrischer und viel günstigerer“ Iglo-Tiefkühlkost im Supermarkt. gf



... oder doch lieber den mit dem Blupp?

Foto: Erdmanski-Sasse

Südfleisch und Baywa?

Parallel zur geplanten Westfleisch-Nordfleisch-Fusion wollen auch im Süden die beiden größten Fleischkonzerne zusammengehen. Das Kartellamt scheint diesem Plan allerdings eher ablehnend gegenüberzustehen, wegen der dadurch entstehenden Marktmacht gegenüber Schweinemästern und anderen Schlachtbetrieben. Noch problematischer ist die Fusion, weil hier im Süden beide Fusionspartner seit langem wirtschaftlich schwer angeschlagen sind. Zwar konnte auch die Südfleisch in diesem Jahr einen Mini-Überschuss bilanzieren, doch BSE und Regressforderungen wegen der fehlerhaften BSE-Tests des Milan-Labors haben den Konzern weiter gebeutelt. Parallel zu Moxel suchen die Moxel-Manager deshalb nach weiteren Partnern. Wie die FAZ berichtet, laufen derzeit Gespräche mit Versicherungen und dem Baustoff- und Landhandelsriesen BayWa AG, denen man eine Beteiligung von 24,9 % offerieren will. Südfleisch-Manager Taucher kündigte an, den Bauern als Dienstleister entgegenzutreten, gemeinsam mit Versicherern und Futtermittelverkäufern. en

Offene Vorstandsgehälter

Die Offenlegung von Vorstandsgehältern bei börsennotierten Unternehmen hat die Regierungskommission Corporate Governance in ihrem Vorschlag für einen Verhaltenskodex für Unternehmen gefordert. Die Vergütung soll nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen werden. Zur Kritik einiger Manager an diesem Vorschlag antwortete der Kommissionsvorsitzende Cromme: „Das Gehalt des Bundeskanzlers ist bekannt, das von Vorstandschefs nicht – man wird gute Argumente brauchen, wenn man daran festhalten will.“ Ob langfristig auch an eine Veröffentlichung von Vorstandsgehältern unserer Großgenossenschaften gedacht ist, bleibt offen. Interessant wäre es zum Beispiel, ob zu beurteilen, ob Fusionen u.a. auch wegen der Erhöhung der (evt. umsatzbezogenen) Vorstandsgehälter betrieben werden. Oder um zu erproben, welchen Einfluss z. B. die Einführung der Gehalts-Anreizkomponente „langfristig ausgezahlter Erzeuger-Milchpreis“ hätte... gf

KURZES AM RANDE

Nahezu alle verlieren

Modellrechnungen über die Folgen für Milchbetriebe im Falle des Quotenausstiegs

Im Frühsommer 2002 wird eifrig gerechnet. Nicht die Bauern grübeln und überschlagen, ob das Milchgeld für eine Investition reicht, gerechnet wird von offizieller Seite. Vor der Entscheidung in der Halbzeitbilanz der Agenda 2000, wie künftig die Milchpolitik in der EU aussehen wird, flattern Papiere und Studien über die Schreibtische. Was wäre, wenn die Quotenregelung 2008 ausläuft....? An der Universität Weihenstephan setzten sich einige Studenten daran, Folgen verschiedener Milchpreise und Ausgleichszahlungen für bayerische Familienbetriebe zu betrachten. Schon 1999 waren in der Agenda 2000 Maßnahmen für die

Milchpolitik festgelegt worden: der Stützpreis für Butter soll zwischen 2005 und 2008 um 15 % gesenkt werden. Im Gegenzug wird die Referenzmenge der Milch um 2,4 % erhöht. Ein Teil der Einbußen für die Milcherzeuger soll über Ausgleichszahlungen abgedeckt werden, die sowohl an die Flächen- als auch an die Tierprämien gekoppelt sein dürfen. Die Weihenstephaner gehen davon aus, dass sich nach einem Quotenausstieg und mit dem Absenken der Interventionspreise, was Milchpreissenkungen bis zu 30 % erlaube, die erzeugte Milchmenge sprunghaft ausweiten würde. Möglich wären Milchpreise von 0,45 DM/kg Milch.

Die Folgen verschiedener Modelle der Ausgleichszahlungen werden für einen bayerischen Modellbetrieb in der Studie „Einzelbetriebliche Auswirkungen einer Liberalisierung für die bergische Milchviehhaltung“ berechnet. Mit 36 Kühen und 33 ha Land, das zu 75 % als Dauergrünland genutzt wird, würde er bei der Ausgleichzahlung einer Grünlandprämie besser als mit einer Milchprämie fahren. Als Grünlandprämie setzen die Autoren 691 DM/ha an, worin schon die Tierprämien eingeschlossen sind. Mit der Grünlandprämie sinke der Gewinn um 13 % bzw. um 7.500 DM je Jahr, mit einer Milchprämie liege der Gewinn jedoch um 22 % niedriger als im Vergleichsjahr 1999. Für Betriebe mit gleicher Tierzahl bei weniger Fläche sähe das anders aus. Sie haben bei einer Grünlandprämie als Ausgleichszahlung einen Gewinnrückgang von 29 %.

Die einzigen, die von einem Quotenausstieg profitieren würden, wären Betriebe mit sehr hohen Quotenkosten, während Betriebe mit sehr niedrigen Quotenkosten die höchste Gewinnreduktion durch eine Milchprämie hätten. Fast alle Betriebe



Bis zu welcher Preisschraube gedreht werden kann, ab der nach einem Quotenausstieg die meisten Milchviehbetriebe aufgeben müssen, darüber streiten noch die Experten. Foto: Schimpf

hätten durch den Ausstieg aus der Quotenregelung Gewinnminderungen zu tragen, zudem steigt damit die Abhängigkeit der Betriebe von staatlichen Zahlungen. Je nach Rechnung machen die Prämienzahlungen dann von 65 bis zu über 100 % des Gewinns der Betriebe aus. Lediglich eine Steigerung der Milchleistung und eine Milchpreissenkung auf „nur“ 0,50 DM/kg Milch könne Betrieben ein ausreichendes Einkommen sichern, sollte die Quote fallen, ist das Fazit der Autoren. Für Regionen in Südbayern sehen sie durch den hohen Grünlandanteil klare Vorteile für die Grünlandprämie. Die Milchprämie stärke eine flächenunabhängigere Produktion und treibe die Intensivierung der Milchwirtschaft voran.

Von den Verfechtern der Wachstumslandwirtschaft ist anderes zu hören. Zwar schließen sie sich der Aussage an, dass durch den Quotenausstieg der Strukturwandel beschleunigt werde, doch halten sie weiter an der Exportorientierung der EU-Milcherzeugung fest. Die Überlebenschancen für Betriebe werden im weiteren Wachstum gesehen. Gleich ob kleiner süddeutscher Hof mit 30 Kühe, mittlerer norddeutscher mit 70 oder riesiger aus dem Osten mit 600 Kühen: Milchleistung ausreizen, Ställe vergrößern und dann hoffen, dass der Milchpreis nicht unter die Vorhersagen sinkt, denn dann ist der kapitalintensive Ausgleich über Stallneubauten nur ein Rückschlag, der Gewinn bleibt niedriger als heute und auf der Bank liegt ein Berg von Schulden. m/s

Wenn einer eine Reise macht, dann... Dieser Spruch passt zumindest auf eine Familie, die einen Bauernhof mit Milchkühen und drei mehr oder minder große Kinder hat. Und genau diese Konstellation ist für einen Bauern, der immer wiederkehrende Schübe von Fernweh bekommt, jedenfalls ein Problem. – Ja, früher, da

Betriebsspiegel

Der Betrieb liegt im Allgäu bei Memmingen im Illertal, 615 m NN, 1.100 mm Jahresniederschlag. Im Kuhstall werden gehalten: ca. 45 Schwarzbuntkühe, ca. 55 Jungvieh. 39 ha LN, davon 15 ha Pacht, 4 ha Silomais, 4 ha Klee gras, 4,5 ha Jungviehweiden, 26,5 ha Dauergrünland, 3,7 ha Waldfläche

hat der Bauer samt Frau schon mal in die „große weite Welt“ hinausgeschmuppert, aber das war in einem anderen Leben.

Dann kamen die Kinder und man macht das, was sinnvoll ist: man schaut sich in der Heimat um. Das ist für einige Jahre, gerade wenn man im Allgäu wohnt, auch kein Problem. Kein Schloss, kein Museum etc. das wir in der Gegend noch nicht abgegrast haben. Dann kam die Phase, in der der Bauer seine Frau samt Kinder kurzfristig in die Sommerfrische verschickt hat. – Na ja. – Aber alle zusammen, sprich drei Kinder mit Mama und Papa „einfach“ wegfahren und die geliebten Kühe so ganz verwaist zurücklassen, das haben wir noch nicht geschafft.

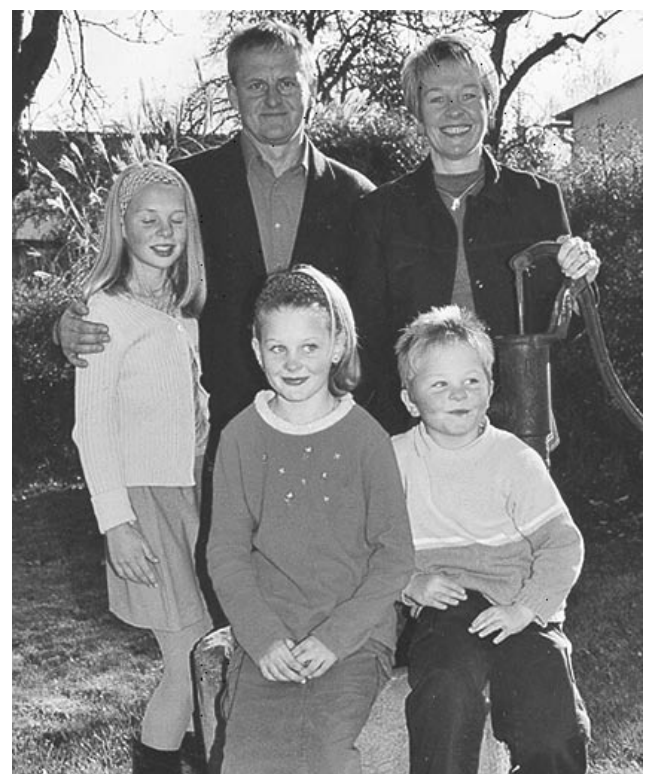
(Eigentlich steht dem Bauern mit beginnender Midlifecrisis eher der Sinn danach, alleine in die Anden zu trampeln, aber so ein Familienurlaub sollte auch mal sein...!) Kurz vor Pfingsten 2002 wird die Planung konkret. Vier Tage an einen bayerischen See, nur so mal zum Testen, ob die Nerven von Herr und Frau Bauer das alles mitmachen. Der Idealfall ist eingetreten: keine Kuh kommt zum Kalben, ein Drittel der Kühe stehen trocken, das Silo ist eingefahren und ein vertrauenswürdiger Betriebshelfer ist (nach längerem Suchen) gefunden. Kurz vor der Abreise wird's nochmal spannend. Das bisschen eingefahrene Heu ist hoffentlich trocken genug, dass es während der Abwesenheit nicht noch Lust be-

kommt, warm und heiß zu werden... Auch ein schweres Gewitter mit Hagel wird angekündigt. Zerschepert es meine zarten Maispflänzchen und ich sollte nachsäen und bin dann nicht da? Allein schon diese Gedanken beweisen, wie „verblödet“ man(n) schon ist und genau das macht es dringend erforderlich mal rauszukommen aus dem Alltagstrott und -zwang. Nun sind wir also gefahren und das war mehr als gut so. Die Ehe hat während der Vorbereitungsphase gehalten, die Kinder mögen ihren Vater hoffentlich auch noch und haben gesehen, dass es bei Papa auch mal ohne Stress geht. Ich möchte keinen dieser vier Tage vermissen und vielleicht werden es nächstes Jahr sogar fünf. *Bernhard Sirch, 41 Jahre*

Fernweh

Wir nennen es „Stockumer Hofmarkt“, die Vermarktung, die wir seit 8 1/2 Jahren auf dem Betrieb meiner Ehefrau zusammen mit vier anderen Landwirten, einem Metzger, einem Fischzüchter, Kräuterspezialistin und Kreativecke betreiben. Freitags und Samstags wird verkauft und mittlerweile arbeiten wir den Rest der Woche darauf hin. Selbstgebackenes Brot und Hefekuchen, Rührkuchen (um die Knickeier zu verwerten), Marmeladen, Eierlikör und natürlich die Eier selbst sind unser Part. Der Metzger übernimmt die Fleischvermarktung, weil ich halt lieber Landwirtschaft betreiben als wurste.

Artgerechte Schweinehaltung, Strohauslauf, Freilandhaltung der Hühner gehörten schon lange zu uns, schonende Bodenbearbeitung mit Mulchsaat, Direktsaat und Erosionsschutz haben wir die letzten Jahre ausprobiert. So war die Umstellung



Wohin geht die Reise?

zum Ökolandbau nur die folgerichtige Fortsetzung, natürlich auch unterstützt durch die Förderungsmöglichkeiten. Aber es bedeutet auch Mehrarbeit und Umdenken im Betriebsablauf. Unser langjähriger Mitarbeiter fiel im Winter durch Krebserkrankung aus, die Kinder sind noch nicht alt genug (16, 14, 12), so bleiben wir zwei für die betriebliche Arbeit und den immer größer werdenden Papierberg im Büro. Noch werden unsere Erzeugnisse nicht wesentlich teurer vermarktet und im Moment erleben wir Kaufzurückhaltung wie auf allen Märkten, so fragt man öfter wohin geht es weiter. Wenn es am Wochenen-

de gut läuft, freuen wir uns, sind optimistisch und voll neuer Ideen, aber wer macht auf Dauer die Arbeit? Wird dann nicht die eigentliche Landwirtschaft zurückgedrängt in unserem Leben? Möglichkeiten Landwirtschaft dem Verbraucher nahezubringen gibt es viele, und wir erleben jede Woche, dass es gewünscht wird und auch Spaß machen kann. Nur wenn „unsere Kunden“ ihre viele Freizeit ausleben, fällt unser Mangel an Freizeit umso mehr auf.

Also versuchen wir unserer Arbeit jede Woche neu die „richtige“ Richtung zu geben. *Wolfgang Behmenburg*

Für unsere Serie aus Stall, Feld und Umfeld suchen wir laufend Bauern und Bäuerinnen, die von sich, ihrem Hof, ihren Erfahrungen und Ideen berichten. Erwartet werden keine literarischen Höhenflüge, sondern ein Einblick in das ganz alltägliche Leben. Der neue Stall, die störrische Kuh, immer Ärger mit dem Kartoffelroder, neulich im Hofladen... Natürlich steht die Redaktion gern mit Rat und Tat zur Seite. Und wer doch lieber anonym bleiben möchte, dem sei die Rubrik „Ein Bauer/Eine Bäuerin erzählt“ auf Seite 19 empfohlen.

Betriebsspiegel

Umstellungsbetrieb zum ökologischen Landbau seit 2001, am Rande des Haarstranges (zwischen Ruhrgebiet und Sauerland), 70 bis 230 m über NN, 100 ha Acker, 5 ha Grünland, 12 ha Wald; 45 bis 50 Sauen + Mast, 800 Legehennen, wöchentlicher Markt auf zweitem Betrieb (2 Betriebsstellen). Es arbeiten mit: Betriebsleiter, Ehefrau, Aushilfe für Verkauf, zeitweise Sohn (16)

Aufgegabeltes

„Wir müssen uns in Sachsen stärker als bisher dem Ökolandbau zuwenden, sonst beliefern andere den Markt“
Sachsens Landwirtschaftsminister Flath

„Letzte Woche, sagt Funke, habe er zu Hause mal den Praxistest gemacht, habe seine Hühner ins Freie geholt, ihnen gut zugeredet: Jetzt verteilt euch mal schön! “Das kümmert die Viecher einen feuchten Dreck.“ Und alle freuen sich, wie leicht es doch ist, die Agrar-Thesen aus Berlin zu widerlegen...“

Ex-Minister Funke laut Tagesspiegel in der Kneipe „Lüschen Bauern diele“

Mittelfeld

Zur Käfighaltung alternative Haltungssysteme von Legehennen (Freiland-, Boden-, Volieren- und Intensivauslauf-Haltung) nehmen in der EU einen Prozentsatz von 8 Prozent der gehaltenen Hennen ein. Führend in der tierfreundlicheren Haltung sind Österreich (26 %), Dänemark (23 %), Großbritannien (21 %) und die Niederlande (20 %). Deutschland rangiert mit 11 Prozent knapp über dem EU-Durchschnitt. en

Alternativ-Eier knapp

Eier aus Freiland-, Bodenhaltungs- und Ökohaltung sind in den letzten Monaten knapp geworden, die Vermarkter mussten sich zusätzliche Ware von den Hennenhaltern zu höheren Preisen beschaffen. Laut Lebensmittelzeitung haben härtere Vorschriften und scharfe Kontrollen dazu geführt, dass einigen Vertrags-Betrieben, vor allem im Ausland, das KAT-Gütezeichen aberkannt wurde. en

Artgerechter Neustart

Zur Einführung von „Rindfleisch aus artgerechter Tierhaltung“ in vier Mensen veranstaltete das Kölner Studentenwerk am 15. Mai einen Aktionstag. Informationen aus erster Hand erhielten die Studierenden an Ständen der Fleischlieferanten NEULAND und THÖNES, der Verbraucherzentrale NRW und dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND).

In der UniMensa werden täglich 8.000 Essen verkauft, davon 70 % Fleischgerichte. Für alle, die auf gesunde Ernährung achten, bietet das Studentenwerk seit drei Jahren Gerichte aus kontrolliert-biologischem Anbau. Nach der BSE-Krise verzichtete die Mensa 15 Monate auf Rindfleisch. Doch besonders Studierende, die aus religiösen Gründen kein Schweinefleisch essen, wünschten sich Rind auf die Speisekarte zurück. pm

Kein Neuland?

Das „Neuland“-Programm für artgerechte bäuerliche Tierhaltung wird von der Regierung Mecklenburg-Vorpommerns nicht gefördert. Das Agrarbündnis M-V teilte mit, dass der Antrag auf eine Anschubfinanzierung für zwei Mitarbeiter über zwei Jahre zur Kooperation zwischen Landwirten, Schlachtern und Fleischereifachgeschäften abgelehnt worden sei. Das Land fördert seit Jahren massiv den Aufbau agrarindustrieller Großanlagen. pm

Agrarfabriken „tierquälerisch“

Großmastbetriebe und andere Unternehmen der Agrarindustrie können ihren Kritikern nicht verbieten, ihre Agrarfabriken als „tierquälerisch“ zu bezeichnen. Es handele sich um eine wertende Meinungsäußerung und nicht um eine beleidigende Schmähkritik, so das Oberlandesgericht Nürnberg (Az: 8 U 1652/01). In dem Rechtsstreit hatte ein Geflügelmastunternehmen seinen Kritikern verbieten wollen, in Presseerklärungen von „tierquälerischen Großbeständen“ und „tierquälerischen Entenmastverfahren zu sprechen. pm

Fabrikarbeit in Sauenanlage

Über das fehlende Interesse von Jugendlichen für das Berufsbild des Tierwirts/Sauenhaltung beklagte sich kürzlich Franz Meyer zu Holte vom ISN-Schweinehalterverband im Deutschlandfunk. Interessant und bezeichnend, wie er künftigen Arbeitnehmern die Arbeit in großen Sauenbeständen schmackhaft zu machen suchte: Es seien keine Kenntnisse über Landwirtschaft nötig, es handele sich um ausführende Tätigkeiten, ausschließlich im Sauenstall. Allerdings könne man ab und an auch mal an die Luft gehen – das sei also angenehmer im Vergleich zur Arbeit in der Automobilindustrie. So deutlich ist selten eingestanden worden, dass es sich bei großen Sauenanlagen um pure agrarindustrielle Fabriken handelt. Wenig attraktiv für Arbeitnehmer und für Verbraucher. gf

KURZES AM RANDE

QS-Preise

Werden bessere Preise den höheren Aufwand für QS ausgleichen, wenn auch importierte Produkte das QS-Siegel tragen dürfen?

QS-Produkte müssen auch den Landwirten höhere Preise bringen!“ Diese Forderung hat der Kreislandvolkvorsitzende Norbert Meyer (Vechta) erhoben – ein deutliches Anzeichen dafür, dass dies bei den mit „QS“ zertifizierten Schweinen derzeit alles andere als selbstverständlich ist. Im Landwirtschaftsblatt Weser-Ems betont Meyer, dass QS zwar keine festen Vertragsbeziehungen vorschreibe, dass aber dennoch infolge solcher Verträge „die Zahl der möglichen Handelspartner für den einzelnen Landwirt geringer“ würde. Demgegenüber hätten viele Mäster eher das „meiste Vertrauen in die Kräfte des Marktes, auf dem freien Markt waren in der Vergangenheit oft bessere Preise zu erzielen als bei festen Einbindungen“. Meyer: „Wenn QS jemals über 50% Marktanteil kommen sollte, dann

wäre der QS-Preis natürlich maßgebend für den Mittelwert am Markt, und Produkte ohne QS-Siegel würden dann unter dem Durchschnitt bezahlt werden.“ Deshalb müsse der höhere Aufwand für QS auf jeden Fall ausgeglichen werden. Meyer verwies darauf, dass – infolge Drucks des Lebensmittelhandels – auch importierte Produkte das mit deutschem CMA-Geld aufgebaute QS-Siegel tragen dürfen. Wenn es kein „Eintrittsgeld“ für ausländische Siegelnutzer gebe und wenn z.B. die holländische „IKB“-Vertragskette komplett und ohne Einzelprüfung der Betriebe das QS-Siegel erhalte – dann könnten in den nächsten Monaten „QS-Produkte zum größten Teil aus Dänemark und den Niederlanden und den ehemaligen deutschen Qualitätsfleischprogrammen kommen“.

gf



Immer hübsch freundlich, auch wenn QS vor allem dem Handel dient und den Strukturwandel beschleunigt.

Foto: Schimpf

QS: nur Blendwerk?

Stimmen aus Süddeutschland kurz bevor das erste QS-Fleisch über die Theke geht

Es ist nicht alles Gold, was glänzt“ – so die Redakteurin Annette Mayer in der Landwirtschaftszeitung BW agrar zur Meinung von Landwirten zum QS-System. Die Zeitung hatte Landwirte befragt, die an QS-Schulungen teilnahmen: Die Antworten fielen „ernüchternd“ aus, die Euphorie der QS-Initiatoren auf den Rednerpulten sei bei Bauern nicht so recht auszumachen. Zwar würden wohl die meisten Bauern mitmachen, um ihren Absatz zu sichern, wenn Produkte ohne QS-

Zeichen nicht mehr „vermarktungsfähig“ würden. Die von Bauern befürchtete Beschleunigung des Strukturwandels werde von den QS-Initiatoren sogar offen zugegeben. Die Bauern fürchten auch mehr Schreibtischarbeit, unnötige Untersuchungen und Auflagen und ungewisse hohe Kosten, die von den anderen QS-Teilnehmern auf die Bauern überwältzt werden. Die Karten über Vor- und Nachteile, so die Redakteurin, müssten endlich offen auf den Tisch!

en

Wir wollen positive Beispiele setzen

100 % artgerechte Tierhaltung, 50 % Ökolandbau, 150 % regenerative Energie in zwanzig Jahren – viel vorgenommen hat man sich in der Modellregion Wendland/Elbetal. Die Bauernstimme sprach mit dem zweiten Vorsitzenden der Regionalen Partnerschaft Horst Seide.

Der Verein „Regionale Partnerschaft Wendland/Elbetal“, der die Landkreise Lüchow-Dannenberg und Teile Lüneburgs umfasst, ist Anfang Februar gegründet worden. Dem Verein sind gleich 120 Leute beigetreten. Dieses Bündnis hat sich speziell für den Wettbewerb gebildet?

Ja, der Wettbewerb war Anlass, sich zusammenzusetzen. Das ist ein sehr breites Bündnis. Vom Geschäftsführer des Landvolks über den Biobauern bis zu den kommunalen Vertretern sind alle an einem Tisch. Das hat bislang sehr gut funktioniert, denn wenn wir uns zerstritten hätten, hätten wir den Wettbewerbsbeitrag nicht gewonnen. So nimmt Jeder Rücksicht auf den Anderen und wir sind sehr kompromissbereit.

Das heißt, der Wettbewerb hat auch neue Impulse ins Wendland gebracht?

Ja, wir sind sonst sehr streitbar. Das ist das erste Mal, dass ich es erlebe, dass man hier ein so breites Spektrum zusammenbekommt. Wichtig ist: Wir arbeiten nicht gegen Sachen, die wir nicht mögen, sondern für Sachen, die wir wollen.

Und was sind die Ziele für die Landwirtschaft? Welche Projekte werden umgesetzt?

Wir wollen 50 % Biolandbau, 100 % artgerechte Tierhaltung und 150 % Selbstversorgung mit regenerativer Energie. Das sind so einige Zahlen für die nächsten 20 Jahre. Wir haben hier schon einen Anteil Biolandwirte und artgerechte Tierhaltung von 6 % und wir wachsen sehr stark, so dass es nicht so utopisch ist. In diesen drei Bereichen wird es mit Sicherheit auch Projekte geben. Aber es ist noch nicht entschieden, wie wir das Geld verteilen werden.

Ist das Geld denn überhaupt schon bewilligt?

Wir denken, dass wir nächste Woche den Bewilligungsbescheid über 900.000 Euro in Händen halten. Insgesamt sind 50 Projekte eingereicht worden. Bei vielen müssen auch Eigenmittel dazukommen. Wir haben zum Beispiel einige Vermarktungseinrichtungen, die jetzt den nächsten Schritt machen. So will Neuland einen Zerlegebetrieb bauen. Unser Hauptziel ist, die Region mit mehr Wertschöpfung zu stärken. Das wollen wir durch mehr Verarbeitung und Vermarktung erreichen.

Und die Produkte kommen aus artgerechter Tierhaltung, sprich Neuland, oder dem Biolandbau. Was sagen denn die konventionellen Betriebe dazu? Sind sie bereit, sich Neuland anzuschließen, um teilzunehmen?

Da wir Produkte verkaufen und da es sich rechnet, sind sehr viele konventionelle Betriebe momentan dabei umzustellen sowohl auf Neuland-Basis als auch auf Bioland-Basis. Das ist eine richtige Umstellungswelle, weil wir in dieser Region einen gewissen Fortschritt haben in beiden Bereichen und extrem gewachsen sind. Ein weiteres Angebot an die Konventionellen ist die gesamte Energieschiene. So sind zwei Rapsölmühlen schon in Betrieb, die dritte in Planung. Es gibt auch mehrere Biogasbetriebe.

Wie groß muss man sich die Betriebe im Wendland vorstellen?

So eine Durchschnittsgröße ist 100 ha im konventionellen Ackerbau, aber auch im Biolandbau ist es schon fast die Regel.

Und bei dem derzeitigen Umstellungsboom ist die Vermarktung gesichert?

Also: Vermarktung ist nie gesichert! Das ist immer ein Auf und Ab. Und momentan geht es eben bergauf. So hat Neuland, da gehöre ich zu, den Umsatz in einem Jahr fast verdoppelt. Dementsprechend mussten auch mehr Betriebe aufgenommen werden. Und wenn der konventionelle Preis wieder fallen sollte, kann es sein, dass es bei der Vermarktung etwas langsamer geht. Aber das Plus im Wendland sind die bestehenden Vermarktungsorganisationen. Die Bauern springen da nicht ins Leere.

Aber es wird nicht nur für das Wendland selber produziert?

Das Wendland hat enge Beziehungen nach Berlin und auch Hamburg und Hannover. Das sind unsere Hauptabnehmer.

Und der Tourismus soll auch entwickelt werden?

Ja, das wird auch gefördert, aber da sind wir noch sehr unterentwickelt. Es gibt hier bisher nur sehr wenig Tourismus. Und das ist auch keiner der Hauptschwerpunkte bei „Regionen aktiv“. Ein weiterer Schwerpunkt, den wir wollen, ist der Anbau von Brennesseln als nachwachsende Rohstoffe.

Wir haben hier eine Firma, die kann aus Brennesseln kostengünstig – im Vergleich zur Baumwolle – Hemden herstellen. Und wir sind am Aufbau von 1.000 ha Brennesseln in der Region. Die Brennessel hat viele Vorteile und soll auf ökologisch bewirtschafteten Flächen angebaut werden. Bislang gibt es schon 30 ha Brennesseln, nächstes Jahr rechnen wir mit 100 ha.

Eine große Rolle spielt auch die regenerative Energie. Da streben Sie eine Selbstversorgung von 100 % an?

Nein, für 100 % haben wir jetzt schon ein Programm laufen nach EU-Richtlinien: „100 % regenerativ“ in 10 Jahren. Und jetzt wollen wir in 20 Jahren 150 % Selbstversorgung, denn die

Und wer trifft nun die Entscheidung, in welche Projekte das Geld fließt?

Der Vorstand vom Verein. Da ist das ganze gesellschaftliche Spektrum vertreten. Die Auswahl der Projekte steht in den nächsten Wochen an. Das wird noch eine schwierige Aufgabe. Da geht es richtig zur Sache. Wir haben aber schon vorgearbeitet und eine Art Punktesystem entwickelt, mit dem die einzelnen Projekte bewertet werden. Das kann jeder in unserem Wettbewerbsbeitrag nachlesen. Zur Zeit werden immer noch neue Projekte eingereicht. Und der Verein richtet ein eigenes Büro ein.

Beim Wendland denkt man auch an Gorleben und Atommüll. Erwarten Sie da Impulse aus „Regionen aktiv“?



Die Ministerin zu Besuch in der Modellregion. (v.l.): Horst Seide, Manfred Ebeling (2. und 1. Vorsitzender der Regionalen Partnerschaft Wendland/Elbetal, beide AbL), Rebecca Harms (Grüne MdL) und Renate Künast, Foto: Beyer (Elbe-Jeetzelt-Zeitung)

Städte müssen ja auch mit „grünem“ Strom versorgt werden. Wir haben hier schon die ersten Gemeinden, die sich mit größeren Biogasanlagen zu über 100 % regenerativ versorgen. Wir planen aber nicht nur auf Biogas-Basis, sondern haben ein ganz breites Spektrum: Rapsöl als Dieselerersatz, Holzhackschnitzel, Holzvergaser-technik usw.

Und in die Energieerzeugung sind auch die konventionellen Betriebe eingebunden?

Das ist eine große Domäne der Konventionellen. So liegt zum Beispiel die gesamte Rapsölherstellung in konventioneller Hand. Jetzt ist eine neue Presse für 1.000 ha Raps geplant.

Erstens ist Gorleben kein Problem für uns, sondern weil wir Gorleben haben, ist die Agrarwende in dieser Region so weit gekommen. Wenn wir Gorleben nicht hätten, dann wären wir wahrscheinlich 0815. Durch Gorleben ist hier ein eigenes Kulturleben entstanden, eben das Flair vom Wendland. Die Modellregion wird sich nicht einmischen in die Gorlebenproblematik sowie den Bau von konventionellen Geflügel- oder Schweinemastanlagen, aber sie wird Auswirkungen auf diese haben, weil wir etwas Positives wie die Biogasanlage, den Neulandstall und die Biobrennessel dagegen setzen werden, so dass man dann sagen kann: „Guckt Euch das an, das wollen wir, so stellen wir uns die Agrarwende vor.“ we

Meine Freunde fanden mich mutig, wenn ich ihnen erzählt habe, dass ich selber einen Hof bewirtschaften will," erzählt Kathrin Sonntag, die zwar vom Land aber nicht aus der Landwirtschaft kommt. Ein Neueinstieg in die Landwirtschaft bleibt ungewöhnlich. Dabei ist das Interesse bei vielen jungen Menschen nach der Ausbildung oder dem Studium der Landwirtschaft da und Quereinsteiger zieht es auf die Höfe. Nur wenige Bauern und Bäuerinnen können sich jedoch dafür entscheiden, ihren Hof außerhalb der Verwandtschaft abzugeben, wenn ihre Söhne und Töchter andere berufliche Lebenswege beschreiten. Von offizieller Seite gibt es wenig Unterstützung für die Einsteiger. Auf Kammern, Ämtern und in Ministerien herrscht nach wie vor meist das Leitbild der Wachstumsbetriebe: Wenn Höfe abgegeben werden, soll das Land für entwicklungsfähige Betriebe mit stetem Flächenbedarf zur Verfügung stehen. Die Frage Kathrin Sonntags nach einem Junglandwirtekkredit rief bei einem Landwirtschaftsamt nur müdes Lächeln hervor, statt den Neueinstieg zu unterstützen, wird wohl jeder nicht mehr bewirtschaftete Hof als eine Chance für die Zukunftsbetriebe gesehen. Auch der heutige Schafbauer Hans-Jörg Winkler hatte bei seiner Suche in Baden-Württemberg durchgängig Ablehnung von den Ämtern erfahren. Erst über die hessische Hofbörse klappte es dann bei ihm (s. S. 13). Heute bewirtschaftet Hans-Jörg Winkler im nordhessischen Ziegenhagen einen Milchschaftbetrieb mit seiner Lebensgefährtin Andrea Emde. Der Altbauer Nobert Deegenhard hat seine anfängliche Skepsis gegenüber dem jungen Paar überwunden und macht auch heute noch – vier Jahre nach der Hofübergabe – den Ackerbau auf dem Betrieb. „Überzeugt hat ihn wohl unsere Betriebskalkulation. Und wenn jemand vom Amt, also der Hofbörse mitkommt, macht es den Besuch auf dem Hof gleich seriöser," vermutet Hans-Jörg Winkler. Mit dem Start auf dem Heegenhof hatte seine vierjährige Suche quer durch Deutschland nach einem Betrieb, auf dem er Milchschafe halten, Käse machen und vermarkten



Hans-Jörg Winkler und Andrea Emde haben nach vier Jahren Suchen ihren Hof gefunden.

can, ein Ende gefunden. Für die 100 Milchschafe mit Nachzucht, einige Mutterkühe und Ochsenmast sowie 20 ha Acker- und 30 ha Grünland brauchen er und seine Freundin weitere Unterstützung von Eltern und Praktikanten. Schließlich machen sie aus der Schafmilch zwischen 100 und 200 kg Frisch- und Schnittkäse je Tier und Jahr, der auch noch vermarktet werden will.

Neueinstieg ungewöhnlich

Neueinsteiger in die Landwirtschaft erfahren bisher wenig Unterstützung.

kann, ein Ende gefunden. Für die 100 Milchschafe mit Nachzucht, einige Mutterkühe und Ochsenmast sowie 20 ha Acker- und 30 ha Grünland brauchen er und seine Freundin weitere Unterstützung von Eltern und Praktikanten. Schließlich machen sie aus der Schafmilch zwischen 100 und 200 kg Frisch- und Schnittkäse je Tier und Jahr, der auch noch vermarktet werden will.

Geduld als Voraussetzung

Seit 1997 sucht Kathrin Sonntag nach einem Hof. Zuerst wollte sie in bestehende Hofgemeinschaften einsteigen, musste aber feststellen, dass fast alle heute als Familienbetriebe geführt werden. Später suchte sie gemeinsam mit einer Freundin, doch das stieß schnell auf Skepsis. Wer denn die schwere Arbeit machen soll? Am vielversprechendsten war ein Bio-Milchviehbetrieb in Südniedersachsen. „Damals haben wir zu dritt gesucht, mit der Idee, dass wir in den ersten Jahren zu zweit den Hof machen, während der dritte als Gärtnermeister zusätzlich Geld außerhalb der Landwirtschaft verdienen wollte.“ Angetan waren die drei von den Gebäuden, der Lage und dass der Hof eine Direktvermarktung für den Käse aufgebaut hatte. „Gescheitert ist es letztlich an der Ungeduld“, erinnert sich Kathrin Sonntag, „sowohl mit uns untereinander, aber wir haben auch den Prozess unterschätzt wie lange es dauert und wieviele Schritte von einem ersten 'Ja, das ist genau der Hof, den wir wollen' bis zum Hofkauf notwendig sind.“ Der Bauer drängte zum Kauf, da damals der letzte Termin für den Quotenverkauf vor der Einführung der Milchbörse anstand. Als auch der Verkauf an andere Interessenten scheiterte, verkaufte der Bauer dann die Quote, die Herde, Käserezepte und das Land Stück für Stück. Das war bitter, wertet Kathrin Sonntag.

Hof machen, während der dritte als Gärtnermeister zusätzlich Geld außerhalb der Landwirtschaft verdienen wollte.“ Angetan waren die drei von den Gebäuden, der Lage und dass der Hof eine Direktvermarktung für den Käse aufgebaut hatte. „Gescheitert ist es letztlich an der Ungeduld“, erinnert sich Kathrin Sonntag, „sowohl mit uns untereinander, aber wir haben auch den Prozess unterschätzt wie lange es dauert und wieviele Schritte von einem ersten 'Ja, das ist genau der Hof, den wir wollen' bis zum Hofkauf notwendig sind.“ Der Bauer drängte zum Kauf, da damals der letzte Termin für den Quotenverkauf vor der Einführung der Milchbörse anstand. Als auch der Verkauf an andere Interessenten scheiterte, verkaufte der Bauer dann die Quote, die Herde, Käserezepte und das Land Stück für Stück. Das war bitter, wertet Kathrin Sonntag.

Kauf oft nicht finanzierbar

Denn trotz Ersparnissen oder Eltern, die den Kauf mitfinanzieren, sind die Preise für Höfe in Deutschland für jüngere Leute häufig unbezahlbar. Manche entscheiden sich für den Erwerb über Rentenbasis oder Erbpacht. Dabei wird meist das Inventar gekauft und gegen weitere Pachtzahlungen über einen festgelegten Zeitraum geht der Hof in das Eigentum der Pächter über. Teils gibt es Abmachungen, dass die Käufer die Verkäufer im Alter pflegen. Beim Tod der Verkäufer haben deren Erben keine weiteren Ansprüche auf Abzahlungen. Das Modell der Erbpacht lässt auch eine Probezeit zum gegenseitigen Beschnuppern zu. Ein Vorteil der Ratenzahlungen kann das Vermeiden hoher Kredite sein, die wohl nur unter idealen Bedingungen aus der Landwirtschaft selbst erwirtschaftet werden können. Ansonsten ist ein weiteres außerlandwirtschaftliches Einkommen nötig.

Schrittweise Hofübergabe

Damit die neuen Bauern in ihre Aufgabe hineinwachsen können und die finanzielle Belastung über einen längeren Zeitpunkt verteilt werden kann, wird die schrittweise Hofübergabe in Frankreich schon seit Jahren von der Confédération Paysanne (CP) gefordert und gefördert. Bauern, die ihre Höfe abgeben, können so Vertrauen zu ihren Nachfolgern aufbauen und selbst nach und nach aus der Arbeit aussteigen. Die Neueinsteiger können ihre Kenntnisse und Fähigkeiten nach und nach erweitern und mit der Kompetenz steigen dann meist auch die beruflichen Ziele. Das Zögern vor dem großen Schritt kennen viele. Alleine die Vorstellung so hoher Schulden mache schwindelig, erzählt Kathrin Sonntag. Auch Hans-Jörg Winkler kennt das Zaudern: „Ich habe immer wieder Muffensausen bekommen, ob ich das packen werde?“ In Frankreich gibt es in einigen Regionen in den Pyrenäen Vereine, die Neueinsteiger unterstützen. Zu ihren Aufgaben gehört es auch, Paten für die Neueinsteiger zu suchen und diese

bei der Stange zu halten. Die CP setzt sich für eine Förderung von landwirtschaftlichen Projekten ein, die Arbeitsplätze auf dem Lande schaffen. Bisher fallen viele der Ansätze aus der staatlichen Förderung heraus, die sich auf einen immer kleiner werdenden Personenkreis konzentriert.

Rahmenbedingungen ändern

So wird auch in Deutschland die Junglandwirteförderung teils nur unter Schwierigkeiten für Neueinsteiger bewilligt, manche Bundesländer wie Niedersachsen haben die Junglandwirteförderung erst gar nicht in ihre Länderprogramme aufgenommen, während andere sie nicht in voller Höhe ausschöpfen. Das Modell der schrittweisen Hofübergabe ist mit den Förderprogrammen bisher schwer zu vereinbaren. Ausdrücklich gewünscht und gefördert wird sie bislang gar nicht, obwohl sie die Übergabeform ist, die den Ansprüchen der Neu- und Altbauern am meisten entgegenkommt. So sind heute Altbauern und Neueinsteiger auf den guten Willen der offiziellen Berater angewiesen, wenn etwa zinsgünstige Kredite auf die Nachfolger übertragen werden sollen. Um beiden Seiten die Hofübergabe zu erleichtern und beratend zur Seite zu stehen, gibt es in Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen Hofbörsen. In anderen Bundesländern steht das noch aus (s. S. 13).

Fazit

Im Herbst unternimmt Kathrin Sonntag einen neuen Anlauf, von einem Hof in Brandenburg geht sie nach Westfalen auf einen vielseitigen Bio-Betrieb, den sieben Erwachsene gemeinsam bewirtschaften. Hans-Jörg Winklers Fazit aus seinem Hofkauf ist durchwachsen: „Um heute in die Landwirtschaft zu gehen, musst du entweder unglaublich dumm oder ein Idealist sein, sagt mir mein Altbauer Deegenhard immer. Ich glaube er hält mich eher für dumm. Na vermutlich bin ich beides ein bisschen," meint Hans-Jörg Winkler und lacht.

ms



Im Herbst unternimmt Kathrin Sonntag einen neuen Anlauf.

Beratung für beide Seiten

Hofbörsen zeigen neue Wege zwischen Bauern, die ihre Höfe abgeben, und Neueinsteigern in die Landwirtschaft

Die Entscheidung ist gefallen. Keines der Kinder oder kein naher Verwandter wird den Hof weitermachen. Statt um Nachfolger geht es dann auf den Höfen um die Frage, wie weiter: verkaufen, verpachten, nur die Flächen abgeben? In einigen Bundesländern können nun Bauern und Bäuerinnen über Hofbörsen Nachfolger für ihren Betrieb suchen statt auf Makler oder Anzeigen angewiesen zu sein. Dort werden hofsuchende Neueinsteiger und Bauern, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen dafür entschlossen haben ihre Höfe abzugeben, beim Kauf bzw. Verkauf beraten. Doch obwohl gut ein Drittel aller Bauern über 45 Jahre keine Nachfolger haben, gibt es bei den Hofbörsen in Niedersachsen und Hessen mehr Nachfrage nach Höfen als abgabeentschlossene Landwirte. Viele der Bauern können sich nicht ganz von ihrem Hof trennen. Die Verpachtung oder der Verkauf von Flächen und Quoten ist gängiger, auch wenn dabei bis auf die Hofstelle alles in Einzelteilen veräußert wird. Für die Ideen der Neubauern, die jenseits der klassischen Landwirtschaft liegen, gibt es zunächst wenig Offenheit: Holunderanbau, Milchschaufhaltung oder therapeutisches Reiten lassen sich für Neueinsteiger in die Landwirtschaft auch auf kleinen und mittleren Höfen finanzieren und umsetzen.

Kann Jahre dauern

Vorreiter für eine Beratung der beiden Seiten war die Hessische Hofbörse, die 1997 von der Hauptabteilung Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz des Landrats im nordhessischen Eschwege eingerichtet wurde. Mittels umfangreichem Fragebogen werden die Interessen des Suchenden erfasst, die von der Lage des Hofes über Stall-

plätze und Ausstattung an Maschinen reichen. „Ein Hofverkauf ist keine Wochen- oder Monatsangelegenheit, das dauert.“ erzählt Burkhardt Heckmann, Koordinator der hessischen Hofbörse. Wenn beide beteiligten Seiten ernsthaftes Interesse haben, braucht es meist noch ein bis zwei Jahre bis zum Abschluss der Verhandlungen und Abwägungen.

Ein Weg der Hofübergabe ist der stufenweise Übergang. Die alten Bauern arbeiten über eine gewisse Einarbeitungszeit noch mit und für die Neuein-



Hofübergabe von Bauer an Neueinsteiger...

steiger gibt es Rat und einen Ansprechpartner, während ihre Kenntnisse und Fähigkeiten wachsen. Diesen Weg haben auch Hans-Jörg Winkler und Norbert Deegenhardt eingeschlagen (s. S. 12). Die Wohnung sollte nach Ansicht Heckmanns allerdings gleich an die Neuen übergehen.

Mischung aus Eigenkapital und Kooperation

Bei einer knappen Kapitaldecke der Neubauern schlägt Herr Heckmann diesen schrittweisen Übergang manchmal vor. Die Güter, die am raschesten an Wert verlieren können wie Gebäude, Maschinen und Vieh werden sofort gekauft, während Flächen und Quoten vielleicht erst mal mit einer Kaufoption gepachtet werden. „Ich sehe meine Aufgabe darin, Modelle dafür zu entwi-

ckeln, dass das über die Bühne geht“, erläutert Burkhardt Heckmann.

Während 95 % der Betriebsleiter verkaufen wollen, haben bei den Nachfragern etliche ein Finanzierungsproblem mit dem Kauf. An die 30 % Eigenkapital sollten die späteren Bauern schon mitbringen, fordert Herr Heckmann. Wenn die Betriebsinhaber merken, dass die Kaufinteressenten die Summe nicht ganz aufbringen können, dann werden manche aufgeschlossener auch einen stufenweisen Übergang zu akzeptieren.

Die Hessische Hofbörse ist ja auch ein Beratungsangebot und finanziert sich nicht über Anteile am Kaufpreis. „Bei Betrieben, die noch öffentliche Mittel wie Darlehen und Zuschüsse aus früheren Investitionen haben, übertragen wir sie auf die neuen Besitzer, wenn möglich“, erläutert Herr Heckmann. Eine der Stärken der hessischen Hofbörse ist, dass Beratungskollegen des hessischen Dienstleistungszentrums dann zusätzlich ausloten können, ob bei Neuinvestitionen Förderungen über Dorferneuerung oder die Investitionsförderung hinzugezogen werden können. Viele seien dankbar, dass da verschiedene Leute seien, die ein breites Beratungsspektrum abdecken. Bei der niedersächsischen Schwester der Hofbörse sieht das anders aus. Sie ist dem kirchlichen Dienst auf dem Lande der evangelisch-lutherischen Landeskirche angegliedert, dort berät Götz Schumacher Bauern und Landwirtschaftsinteressierte: „Wir stellen den Kontakt zu Notaren oder betriebswirtschaftlichen Beratern her, welche dann genommen werden, bleibt den Hofsuchenden selbst überlassen“.

Wer sucht?

In Hessen suchen überwiegend gut ausgebildete Leute wie Landschaftspfleger, Pferdewirt oder Landwirtschaftsmeister über die Hofbörse, stark vertreten ist auch der gärtnerische Bereich. Nur beim Milchvieh gibt es mehr Höfe im Angebot als Interessenten. In den letzten fünf Jahren haben sich 300 Nachfrager gemeldet, ständigen Kontakt halten 40 bis 50, die alle paar Monate mal nachfragen oder in laufender Beratung stehen. Manche beenden ihre Suche nach dem Traumhof für einige Zeit, arbeiten als Ange-

stellte in der Landwirtschaft und kommen nach zwei bis drei Jahren wieder, um es erneut zu versuchen. Bei den Betrieben stehen 20 bis 30 im engeren Kontakt mit der Hofbörse. In Niedersachsen ist das Verhältnis zwischen Hofsuchenden und Abgebenden noch unausgewogener. Auf zwei Höfe kommen 100 Interessierte, in den letzten Monaten steige das Interesse jedoch auch von Seiten der Bauern, so Götz Schumacher.



... ist ein Schritt...

Offenheit von beiden Seiten

Bei dem Versuch, Anbieter und Nachfrager zusammen zu bringen, ist tastendes Vorgehen gefragt: „Der Hof muss auf Anhieb gefallen, wir beraten ja nur nach Bedarf und wenn eine der Seiten mich bei Treffen auf dem Hof dazu bittet, kläre ich das vorher mit der anderen Seite, um nicht den Eindruck zu erwecken, ich würde für eine Partei ergreifen“. Ein optimales Konzept für die Hofsuche gibt es nach Burkhardt Heckmann nicht. „Wenn bei mir jemand zur Tür hineinkommt höre ich erst einmal nur zu. Denn um den geeigneten Hof bzw. Käufer zu finden, muss ich erst mal verstehen, was gewollt wird“. Für Götz Schumacher zählt die Offenheit auf beiden Seiten zur erfolg-



... der Fremde zusammenführt

reichen Übergabe. Was den Neueinsteigern an Kapital fehle, müssten sie durch höheren Einsatz ausgleichen. Die Bauern hingegen, die verkaufen wollten, müssten loslassen können. Die Neueinsteiger seien keine Ersatzkinder. *ms*

Kontakt: Hessische Hofbörse, Landrat des Werra-Meißner-Kreises, Hauptabteilung Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, Honer Str. 49, 37269 Eschwege-Oberhone, Tel: 05651-922151
Niedersächsische Hofbörse des Kirchlichen Dienst auf dem Lande der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover, Archivstr. 30, 30169 Hannover; Tel: 0511-1241409

Arbeitskreis Hof und Existenzgründung

Angeregt vom Arbeitskreis „Agrarwende und Hofnachfolgeneration“ auf der letztjährigen AbL-Mitgliederversammlung in Altenkirchen haben sich einige Aktive zusammengeschlossen, um das Thema Hofbörse und Förderungen für den Neueinstieg in die Landwirtschaft praktisch und politisch zu begleiten.

Geplant sind:

- über Öffentlichkeitsarbeit wie Veranstaltungen oder eine Übersicht über die Arbeit bereits bestehender Hofbörsen mehr Aufmerksamkeit auf das Thema der Neueinsteiger zu lenken.
- Wege zum Erwerb eines Hofes aufzeigen wie Erbpacht, alternative Finanzierungsmodelle oder den schrittweisen Kauf, bei dem zunächst noch Teile gepachtet sind.

Ziel des Arbeitskreises ist es neben der praktischen Unterstützung für die Hofsuchenden politische Forderungen zu entwickeln, die Neueinsteigern bei ihren Schritten unterstützen.

Kontakt über Arnd Berner, AK Morgenland (s. S. 23)

Agrarpolitik für die Mittelgebirge!

Tagung von AbL und Forum Pro Schwarzwaldbauern mündet in „Schwarzwälder Thesen“.

Wir sind keine benachteiligten Gebiete, sondern haben unsere eigenen, ganz besonderen Werte.“ Damit drückte Siegfried Jäckle vom Forum Pro Schwarzwaldbauern ein Selbstbe-

wusstsein aus, das in der agrarpolitischen Debatte bislang wenig Anerkennung findet. Aber auch bei den Schwarzwaldbauern selbst sei

noch einiges zu tun: „Wir müssen uns auch auf unsere Stärken und Potentiale besinnen, um daraus unsere eigenen Entwicklungs-Strategien für unsere Betriebe zu entwickeln.“ Denn es sei klar, dass die Regionen, die vom Standort her weniger ertragreich und/oder viel arbeitsintensiver sind als landwirtschaftliche Gunstlagen, keine Chance haben im Wettlauf um Mengen und Kostenführerschaft.

Eine Tagung von AbL und dem Forum Pro Schwarzwaldbauern Ende April widmete sich anderthalb Tage lang der Frage, wie die Situation der Mittelgebirgslandwirtschaft aussieht, welche Perspektiven es gibt und was das für die Pläne der einzelnen Betriebe heißen kann. Selbstverständlich spielt bei allem auch die Agrarpolitik

eine wesentliche Rolle, denn sie gibt wesentliche Rahmenbedingungen vor.

Als Ergebnis der Tagung wurden die „Schwarzwälder Thesen“ entwickelt, die wir unten stehend auszugsweise dokumentieren. Ein zentraler Punkt dabei ist die Forderung, dass die Benachteiligung des Grünlandes gegenüber dem Silomais durch die einseitig gezahlten Prämien schnellstens abzubauen ist. Eine andere Forderung bezieht sich auf die Ausgleichszulage (Zahlung zum Ausgleich geringerer Erträge in „benachteiligten Gebieten“ im Rahmen der 2. Säule). Die Ausgleichszulage solle nicht pauschal gewährt werden, sondern sich an der Bewirtschaftungsschwernis der Standorte orientieren. AbL und das Forum hoffen, mit den Thesen eine rege Diskussion unter Bauern und Bäuerinnen wie auch in der Politik auszulösen bzw. zu befruchten.



Dr. Gerhard Hovorka von der Österreichischen Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien berichtete über die Bergbauernpolitik im südlichen Nachbarland. Die Tagung im Schwarzwald stieß auf reges Interesse der Praktiker. Fotos: Jasper

1. Unsere Mittelgebirge sind Kulturlandschaften mit besonders reichem Natur- und Kulturerbe. Dieser Reichtum ist lebendiger Ausdruck der Leistung vieler Generationen hier lebender und arbeitender Menschen, besonders der Bauern und Bäuerinnen. ...

2. Je schöner die Landschaft umso schwieriger ist aber die Landwirtschaft. In den Mittelgebirgen sind die Grenzen der Rationalisierung der Erzeugung und des betrieblichen Wachstums enger als in landwirtschaftlichen „Gunstlagen“. Der Widerspruch zwischen dem Druck zur Rationalisierung infolge sinkender Lebensmittelpreise einerseits und der Rolle als Landschaftspfleger andererseits haben die Bergbäuerinnen und -bauern in eine Sinnkrise geführt. Deshalb ist die Attraktivität des bäuerlichen Berufes die zentrale Zukunftsfrage der Mittelgebirgslandschaften.

3. Nachhaltige Perspektiven für die Berglandwirtschaft entstehen nicht allein mit Förderprogrammen. Die mit der Förderung verbundene Bürokratie lähmt die bäuerliche Eigenverantwortung und Innovationskraft. ... Die besondere Qualität der Erzeugnisse aus den Bergregionen bietet sich für die Entwicklung regionaler Qualitätsmarken geradezu an. ... Zur Nutzung dieser Chancen brauchen regionale Verarbeitungs- und Vermarktungswege aber bessere Unterstützung.

Schwarzwälder Thesen

Unsere Mittelgebirge – Indikator einer nachhaltigen und multifunktionalen Agrarpolitik

4. Durch die EU-Agrarreform 1992 und deren Fortschreibung in der Agenda 2000 sind die Mittelgebirge aufgrund ihrer hohen Grünlandanteile zusätzlich benachteiligt worden. Denn durch die Prämien für Silomais und Futtergetreide ist es billiger geworden, Wiederkäuer wie Kühe oder Mastriinder mit Silomais und Getreide zu füttern als mit Gras. Die Gleichstellung des Grünlandes mit anderen Kulturpflanzen bei der EU-Förderung ist ... dringend notwendig.

5. Die klassischen Erzeugnisse der Mittelgebirgs-Landwirtschaft sind Milch und Rindfleisch. Die mit der Agenda 2000 vorgesehene Liberalisierung von Milchpreis und Milchquoten stellt jedoch die Milcherzeugung in den Mittelgebirgen mit ihren vergleichsweise höheren Erzeugungs- und Erfassungskosten in Frage. Deshalb sind die Beschlüsse der Agenda 2000 zum Milchmarkt zu überdenken und zugunsten einer nachhaltigen, ans Grünland gebundenen Milcherzeugung zu korrigieren. ...

6. Das System der Kulturpflanzen- und Tierprämien der Europäischen Union ist nicht nur mit viel Bürokratie verbunden, sondern benachteiligt die bäuerliche Land-

wirtschaft in den Mittelgebirgen auch, weil eine Arbeitskraft im Bergland zwangsläufig weniger Fläche bewirtschaften und Tiere betreuen kann als in Gunstlagen. Deshalb ist die Anbindung der Prämien an die Arbeitsleistung der Betriebe über die Modulation ein Weg zu mehr Gerechtigkeit in der Agrarförderung.

7. Auch bei Einführung einer Grünlandprämie bleiben die Bewirtschaftungsschwernisse der Berglandwirtschaft gegenüber der Grünlandnutzung in den Ebenen unberücksichtigt. Deshalb ist die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete weiterhin unverzichtbar. Mit steigender Höhenlage nehmen Ertragsniveau und Intensivierungsmöglichkeiten ab. Hanglagen und Feuchtgebiete stehen der Nutzung des technischen Fortschrittes entgegen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Bewirtschaftungsschwernisse in den Mittelgebirgen sollte die Ausgleichszulage differenziert und, nach österreichischem Vorbild, am tatsächlichen Arbeitsaufwand orientiert werden.

9. Bäuerliches Wissen und Können wird bei der Landbewirt-

schaftung in Mittelgebirgen zum knappsten Faktor. Der von Rationalisierungsbestrebungen beherrschten Lehrmeinung stehen besondere standörtliche Gegebenheiten entgegen. Standortgerechte Grünlandnutzung, Weidewirtschaft, Ökologie und Einkommenskombinationen sowie Waldwirtschaft haben in den Mittelgebirgen besondere Bedeutung, der die standardisierten Lehrpläne nicht gerecht werden. Deshalb braucht die Landwirtschaft der Mittelgebirge regionsspezifische Informations-, Bildungs- und Beratungsangebote.

10. Mittelgebirge haben je nach regionalen Gegebenheiten und geschichtlicher Entwicklung sehr unterschiedliche Strukturen. Deshalb brauchen sie ihre jeweils eigene Entwicklungsstrategie. Mit den bisherigen Instrumenten ist weder die Erhaltung der Biodiversität einschließlich regionaler Tier- und Pflanzenarten noch die der regionalen Infrastrukturen gelungen. Deshalb müssen aus dem Nebeneinander von Instrumenten wie Schutzgebiete, Naturparke, Leader usw. integrierte regionale Entwicklungskonzepte für die Mittelgebirgsregionen aufgebaut werden. Die Erfahrungen aus den französischen Regionalparks und dem Bundeswettbewerb „Regionen Aktiv“ sowie dem baden-württembergischen „Plenum“ sollten baldmöglichst für die Mittelgebirgsregionen genutzt werden.

Unruhe um WDR-Test mit Tiermehlproben

Hessen nimmt Unbeteiligten in „dörfliche Sippenhaft“. Graefe zu Baringdorf: „Bauernverbände schneiden sich ins eigene Fleisch“

Die Bauernverbands-Wochenblätter haben endlich ein Packende, um einen prominenten Agrarpolitiker der Grünen anzuprangern. An ihrem Pranger steht Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Er hatte eine Initiative der „Plusminus“-Redaktion vom Westdeutschen Rundfunk (WDR) unterstützt, mit der Futtermittel-Kontroll-Institute auf ihre Zuverlässigkeit hin getestet werden sollten.

Hintergrund

Die „Plusminus“-Redaktion des WDR hatte nach eigenen Angaben Hinweise erhalten, dass bei der Untersuchung von Futtermitteln auf Tiermehl-Bestandteile Fehler aufgetreten seien. Um das zu überprüfen, ließ die Redaktion von einem renommierten Labor aus Hessen Futtermittelproben in einer bestimmten Konzentration mit Tiermehl versetzen. Das Labor gehört zum Düngemittel-Konzern Kali und Salz und ist für die Analyse von Tiermehl akkreditiert. Das verwendete Tiermehl in Laborqualität wird für die Eichung der Laboranalytik verwendet, ist frei von BSE-Erregern und darf laut WDR frei verschickt werden. Die Futtermittelproben wurden vom Labor zur Analyse direkt an Land- und forstwirtschaftliche Untersuchungsanstalten (LUFAs) geschickt. Um den Test realistisch zu gestalten, wurden die Proben nach Rücksprache sowohl mit konventionell, wie auch mit ökologisch produzierenden Landwirten mit deren Absender versehen, so der WDR. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, selbst Bauer in Ostwestfalen, hatte sich ebenfalls dazu bereit erklärt.

Die zuständige LUFA in Hameln hat, wie auch in weiteren Fällen die LUFA Oldenburg und Bonn, die Probe korrekt analysiert und damit die Sicherheit ihrer Kontrollen unter Beweis gestellt.

„Die von mir unterstützte Initiative des WDR-Magazins ‚Plusminus‘, Institute zur Futtermittel-Kontrolle zu überprüfen, war richtig und berechtigt, denn sie ist geeignet, entweder die Funktionstüchtigkeit des Kontrollsystems zu zeigen oder aber eventuelle Lücken aufzudecken und dazu beizutragen, diese Lücken dann abzustellen“, so Graefe zu Baringdorf. Er tritt damit Vorwürfen des Bauernverbandes gegen ihn und den WDR entgegen, die Initiative sei ein „Versuch, einen Skandal zu konstruieren“. Graefe: „Es war eine Maßnahme, neuen Skandalen vorzubeugen.“

Der Präsident des bundesweiten LUFA-Verbandes (VDLUFA), Dr. Potthast, be-

wertet die WDR-Aktion ebenfalls anders als Bauernverband und CDU. In einem Brief an den WDR sieht er darin eine „Maßnahme ...“, die Qualität des Verbraucherschutzes zu hinterfragen. Wir können Ihre Interessen nachvollziehen, wohl wissend, dass ‚Tiermehl-positive‘ Proben grundsätzlich zu einer Verunsicherung bei den Landwirten, aber auch im Kreise der Verbraucher führen.“ Die Aktion sei eine „Bestätigung unserer Arbeit“, so Potthast.

Hessens Fall

In Hessen hatte sich Dieter Voegelin, Nebenerwerbsbauer und Wissenschaftler an der Universität Kassel, bereit erklärt, als Absender für die WDR-Aktion zu fungieren. Die Probe Voegelin wurde am 6. Mai bei der LUFA Kassel getestet und Tiermehl gefunden. Das Ergebnis wurde am 8. Mai auf dem Postweg an Voegelin geschickt und kam wegen eines Feiertages erst zwei Tage später an. Tiermehlfunde scheinen so wichtig nicht zu sein. Es dauert weitere drei Tage, bis am 13. Mai die zuständigen Behörden bei Voegelin auf den Anrufbeantworter sprechen. Es war bereits eine Woche vergangen. Doch dann musste alles ganz schnell gehen, auf wessen Weisung auch immer. Schließlich waren am 14. Mai Landes-Bauernverbände mit ihrer Attacke gegen Graefe zu Baringdorf an die Medien gegangen.

Am 16. Mai rückten Behörden-Mitarbeiter zu Voegelin aus, trafen ihn aber nicht an. Also, so der Leiter des Veterinär-amtes später, habe man andere Dorfbewohner gefragt und die hätten erzählt, dass Voegelin öfter Kontakt habe mit seinem Nachbarn, der einen Hof bewirtschaftet. Das reichte den drei Amts-Mitarbeitern, um von Voegelin Nachbar Futtermittelproben zu nehmen und mit der Sperrung jeglichen Tierverkehrs zu drohen. Auch ein Futtermittelhändler wurde aufgesucht. Voegelin Nachbar hatte von der WDR-Aktion keine Ahnung. Voegelin: „Auf bloßes Hörensagen hin sind hier unbeteiligte Bauern in dörfliche Sippenhaft genommen und Verdächtigungen und Pressionen ausgesetzt worden.“ Das Landesministerium ignorierte die fehlende Grundlage und sprach einen Tag später in einer Pressemitteilung davon, dass sich „zwei Landwirte aus Nordhessen an der Aktion beteiligt“ hätten. Die Staatsanwaltschaft sei bereits unterrichtet. Es war aber nur Voegelin, und das muss das Ministerium eigentlich gewusst haben. uj

KURZES AM RANDE

Hubert Weiger neuer BN-Vorsitzender

Der bisherige Landesbeauftragte des Bundes Naturschutz (BN) in Bayern, der 55jährige Forstwirt Hubert Weiger, ist zum Vorsitzenden dieser größten bayerischen Umweltorganisation gewählt worden. Weigers Vorgänger Hubert Weinzierl, seit 30 Jahren erfolgreich an der Spitze des BN, wurde zum Ehrenvorsitzenden benannt. Hubert Weiger kündigte neue internationale Allianzen an, einen Kampf gegen den „gnadenlosen Landverbrauch“ und neue Modelle von flächendeckenden „Bürgersolaranlagen“. Der BN werde sich verstärkt als „ökologischer Verbraucherschutzverband“ engagieren. Die Naturschutzbewegung solle „Lust auf Zukunft“ machen und sich vom Image griesgrämiger Asketen lösen. Die ABL gratuliert Hubert Weiger herzlich als einem langjährigen Bündnisgenossen für eine bäuerliche Landwirtschaft und freut sich auf weitere gemeinsame Aktionen! en

Rentzsch-Rücktritt?

Der Vizepräsident des Bauernverbands und sächsische Bauernverbandschef Frank Rentzsch unterlag in letzter Instanz als Vertreter des LPG-Nachfolgeunternehmens Rippien gegen die Klage eines Ex-LPG-Mitglieds. Demnach war seine Umwandlung der LPG in eine Agrar-genossenschaft nicht rechtens, die Richter sprachen laut VDL/Landpost sogar von „Umgehungsgeschäften“ und „Flucht aus dem Umwandlungsrecht“, zu Lasten zahlreicher LPG-Mitglieder und ehemaliger Einzelbauern. Der Präsident des Bundesverbands Deutscher Landwirte, Dieter Tanneberger, forderte in diesem Zusammenhang erneut den Rücktritt von Rentzsch, der laut Spiegel 24/95 als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden vorgesehen gewesen sei. Das Amtsgericht Dresden will jetzt die LPG-Nachfolgeunternehmen „Vorgebirgsmilch- und Schlachtvieh-Genossenschaft eG“ in Rippien juristisch löschen, so dass eine Neugründung erfolgen muss. Gescheitert ist ein Vorstoß der sächsischen CDU, die einen Schlussstrich unter fehlerhafte LPG-Umwandlungen ziehen wollte, indem diese Fehler nachträglich als „geheilt“ gelten sollten. pm

Dummdreist

Mit Buhrufen wurden auf dem Bauerntag im Enzkreis die Äußerungen des früheren Bauernverbands-Kreisvorsitzenden Walter Schmierer quittiert, wonach ihn manche Äußerungen von Ministerin Künast an Adolf Hitler erinnerten. Präsident Sonnleitner und Landespräsident Hockenheimer entschuldigten bzw. distanzieren sich. pm

Keine Interessenvermischung

Befürchtungen der grünen Landtagsfraktion, das Institut für Strukturfor-schung und Planung in agrarischen Intensivgebieten (ISPA) an der Hochschule Vechta verquicke seine Forschungen zu sehr mit den Interessen der südoldenburgischen Agrarindustrie, hat das niedersächsische Wissenschaftsministerium zurückgewiesen. Auch die Funktion des Geschäftsführers eines großen Eierkonzerns in leitenden Hochschulgre-mien beruhe auf einer Benennung vor Gründung des ISPA, er sei von den fördernden Unternehmen benannt. ISPA-Leiter Prof. Windhorst betonte, der Anteil der von der gewährten Fördermittel liege unter 20 Prozent. en

„Abkehr von Agrarfabriken“ eingefordert

Der Strukturwandel in Richtung industrialisierter Tierhaltung geht trotz Agrarwende unvermindert weiter, die vom Kanzler propagierte „Abkehr von den Agrarfabriken“ hin zu einer wieder stärker bodengebundenen Tierhaltung wird nicht eingelöst. Das ist das Fazit einer bemerkenswerten Studie des BUND und des Eos-Büros von Dr. Andreas Gnekow-Metz zum „Aktuellen Stand der Anträge und Bewilligungen für den bau neuer Geflügel- und Schweinehaltungsanlagen in Deutschland“. Detailliert wird für 8 Bundesländer das Wachstum von Agrar-Großanlagen dokumentiert. Die Studie fordert Maßnahmen, die kleinere, arbeitsintensivere sowie bodenabhängig produzierende Betriebe unterstützt, z.B. im Rahmen der Modulation von Preis-Ausgleichszahlungen. Die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt forderte ein Ende der Privilegierung von Großstallbauten im Außenbereich der Kommunen. pm

Steuerbefreiung für Biokraftstoffe

Die aus Umwelt- und Klimaschutzgründen positiv zu beurteilenden Kraftstoffe aus Biomasse sind heute noch nicht wirtschaftlich konkurrenzfähig. Die von der Bundesregierung geplante Befreiung dieser Biokraftstoffe von der Mineralölsteuer wird als Ausdruck des politischen Willens zur Markteinführung weitgehend begrüßt. Vorerst soll die Befreiung bis 2007 befristet sein. Auf glatte Ablehnung stößt die geplante Befreiung bei dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). So räumt die Volkswagen AG dem Wasserstoff-Brennstoffzellen-Antrieb langfristig die besten Chancen ein. Ansonsten wolle VW herkömmliche Antriebe und Kraftstoffe optimieren und empfiehlt, Biokraftstoffe in den Raffinerieprozess der Mineralölindustrie einzuschleusen. Nach Angaben des Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE) kann der Kraftstoffverbrauch in Deutschland im Jahr 2001 von 56 Mio t herkömmlicher Kraftstoffe durchaus mit biogenen Treibstoffen gedeckt werden. Auch die weltweite Jahreserölproduktion von 3,5 Mrd t könne ohne Einschränkung der Nahrungsmittelproduktion ersetzt werden. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) wünscht eine völlige Steuerbefreiung nur für Biomasse, die nachweislich ohne Handelsdünger erzeugt wird, und gibt zu bedenken, dass die Auswirkungen auf den Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz je nach verwendeter Pflanzenart, Anbaumethode und technischem Herstellungsverfahren stark variieren. pm



Unser täglich Brot Strom ...

Foto: Eisenberg

Mobilfunk-Stress bei Rindern

Den Einfluss von hochfrequenten elektromagnetischen Feldern aus Mobilfunkmasten haben laut aid zwei veterinärmedizinische Arbeitsgruppen der Universitäten Gießen und München in 30 Betrieben untersucht: verändertes Liegeverhalten im Stall, untypisches Tagesverhalten auf der Weide und ungewöhnliches Wiederkauverhalten sei durch diese „chronische Stressbelastung“ festzustellen. Ungeklärt sei die Wirkung dieser Strahlenfelder im Organismus. pm

DBV will Rechtsrahmen für „Energiegetreide“

Auch der Deutsche Bauernverband spricht sich dafür aus, Getreidepflanzen (Stroh und/oder Körner) als zusätzliche erneuerbare Energiequelle nutzbar zu machen. Doch die rechtliche Einordnung von Getreide als Brennstoff in Deutschland sei unklar und werde regional unterschiedlich gehandhabt. Die EU hat bereits im März 2001 den Anbau von Getreide für die energetische Verwertung auf Stilllegungsflächen zugelassen. In Deutschland wird sie aber durch restriktive gesetzliche Rahmenbedingungen faktisch unterbunden, da Getreidekörner immissionsschutzrechtlich keine zugelassenen Brennstoffe sind. In Feuerungsanlagen mit einer Leistung bis 15 Kilowatt sind als biogene Brennstoffe nur Holz- oder Holzpresslinge, in Anlagen von 15 bis 100 Kilowatt zusätzlich Stroh oder ähnliche pflanzliche Stoffe zugelassen. pm

KURZES AM RANDE

Teilschulderlass für Bioenergieanlagen

Seit März 2002 stehen für das Programm zur Förderung erneuerbarer Energien wieder Mittel der Bundesregierung für Teilschulderlasse zur Verfügung. Investoren, die sich zum Bau oder zur Erweiterung einer Biogasanlage bis zu einer installierten elektrischen Leistung von 70 kW entschließen, können mit einem Teilschulderlass von pauschal 15.000 € je Einzelanlage rechnen. Auch die Förderung für Anlagen zur Verfeuerung fester Biomasse ist attraktiver geworden: Für Biomasseanlagen zur Wärmeerzeugung beträgt der Teilschulderlass jetzt 55 € je kW installierter Nennwärmeleistung, höchstens aber 250.000 € je Einzelanlage. Der Teilschulderlass wird neben dem zinsgünstigen Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gewährt. Antragsberechtigt in diesem Programm sind u.a. Land- und Forstwirte. Gefördert werden Anlagen zur Stromerzeugung oder zur kombinierten Strom- und Wärmeerzeugung (Kraft-Wärme-Kopplung). Mit den Darlehen lassen sich bis zu 100 % der Netto-Investitionskosten für Biogas- oder Biomasseanlagen zu einem günstigen Zinssatz finanzieren. Zur Zeit beträgt der

Effektivzinssatz bei einer 10-jährigen Laufzeit des Darlehens 5,34 % p.a. (Stand: 21.05.2002). Die maximale Kreditlaufzeit beträgt 20 Jahre einschließlich bis zu 3 tilgungsfreier Anlaufjahre. Nach Ablauf der Tilgungsfreijahre, während der lediglich die Zinsen auf den ausgezahlten Kreditbetrag zu leisten sind, ist das Darlehen in gleich hohen halbjährlichen Raten zurückzuführen.

Die Darlehen sind zudem mit Fördermitteln aus öffentlichen Haushalten kombinierbar. Da das Förderprogramm EU-beihilferelevant ist, darf der Subventionswert aller Fördermittel nicht mehr als 40 % der Investitionssumme betragen. Der Subventionswert der Zinsverbilligung des KfW-Darlehens wird bei Zusage von der KfW ermittelt und dem Antragsteller mitgeteilt.

Jana Hentschel, Referentin, KfW

Nähere Informationen und Anträge zu dem Programm sind bei jeder Bank oder Sparkasse zu erhalten. Die Kreditinstitute leiten diese Anträge an die KfW weiter. Form und Umfang der Besicherung des Darlehens sind mit der jeweiligen Hausbank zu vereinbaren. Fragen zum Programm beantwortet bundesweit zum Ortstarif auch das KfW-Informationszentrum unter ☎ 01801-335577 oder e-mail iz@kfw.de. Im Internet ist die KfW unter www.kfw.de zu finden.

Kontroverse zu Energie aus Getreide

Aus ethischen Gründen spricht sich der Anordrhein-westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND NRW) in einem Positionspapier vehement gegen den Anbau von Getreide ausschließlich zur energetischen Nutzung aus und sieht darin „eine Entwertung von Lebensmitteln“. Auch beurteilt er die Nachhaltigkeit kritisch, da CO₂-Emissionen bei Produktion und Ausbringung von Pestiziden und mineralischen Düngemitteln im konventionellen Anbau bei der Gesamtbilanz nicht vernachlässigt werden dürfen. Tatsächlich kann unter derzeitigen Rahmenbedingungen für konventionell erzeugten Weizen als Brennstoff ein höherer Erlös erzielt werden als als Lebens- oder Futtermittel. Agrarpolitisch sieht der BUND NRW darin den Irrweg einer auf Überschüsse und Preisdumping beruhenden Landwirtschaft.

In Bayern hat sich der Agrarsoziale Arbeitskreis der Evangelischen Landjugend (ASA) in einem Positionspapier für die Nutzung von Getreide zur Energiegewinnung ausgesprochen. Zwar zeigt man Verständnis für ethische Bedenken gegenüber der energetischen Nutzung von Getreide, während weltweit 800 Mio Menschen an Unterernährung leiden, gibt aber zu bedenken, dass die Not in den sog. Entwicklungsländern nur durch eine nachhaltige Entwicklung der dortigen Landwirtschaft zu lindern ist, während Exporte aus den

Industrieländern zur Zerstörung lokaler Märkte geführt haben.

Für eine energetische Verwertung von Getreide, dessen Energiegehalt mit dem von Holz vergleichbar ist, hält die Interessenvertretung von Landwirten innerhalb der Evangelischen Landjugend Hafer und Triticale für geeignet, letzteres ist als Futtergetreide nicht für die menschliche Ernährung bestimmt. Beide Pflanzen können mit geringem Einsatz an Pflanzenschutzmitteln extensiv erzeugt werden. Weizen dagegen sei wegen intensiver Erzeugung und anderer Inhaltsstoffe als Energiefrucht weniger geeignet. Am Beispiel von Raps und Kartoffeln zeigt der ASA auf, dass es bereits andere Ackerfrüchte gibt, die nicht als Nahrungsmittel Verwendung finden. Schließlich sei Wärme ebenso wie Nahrung ein menschliches Grundbedürfnis. Im Hinblick auf künftige Generationen sei die Nutzung nachwachsender Rohstoffe allemal verantwortlicher als die

Der durchschnittliche Erlös für einen Doppelpentner konventionelles Getreide liegt je Getreideart derzeit zwischen 10 bis 11 Euro – 1992 waren es noch rund 16,4 Euro. Dem Absinken der Getreidepreise steht ein Anstieg des Ölpreises von rund 0,40 Euro je Liter Heizöl gegenüber. Dabei entspricht der Energiegehalt von 2,3 bis 2,5 kg Weizen dem von einem Liter Heizöl.

Mit extensiver Beweidung Grünland erhalten

Eine gut besuchte Tagung machte Handlungsbedarf deutlich. Ein Interview mit dem Veranstalter

Wie können wir artenreiches Grünland erhalten, das zwar für die Kulturlandschaft und ökologisch als wertvoll gilt, aber angesichts der grundlegenden Veränderungen in der Landwirtschaft zunehmend aus der Nutzung zu fallen droht? Die Erfahrungen im Naturschutz zeigen, dass die bisherigen Strategien oftmals zu kurz greifen und zudem vor dem Hintergrund angespannter Haushalte sehr teuer sind. Einen Ausweg scheint die extensive Weidenutzung mit Rauhutterfressern wie Rindern, Schafen und Ziegen, zum Teil auch mit Pferden zu sein. Darin waren sich zumindest die rund 200 Teilnehmer/innen einer Tagung an der Fachhochschule Rottenburg (Baden-Württemberg) einig. Die hohe Teilnehmerzahl, die selbst die Veranstalter überraschte, zeigt ein reges Interesse am Thema. Doch erschweren mangelhafte politische Rahmenbedingungen sowie auch geringe Erfahrungen bei Landnutzern und Naturschutz-Verwaltungen, solche Nutzungsformen zu etablieren.

Herr Prof. Luick, was zeichnet extensive Beweidung aus?

Extensive Weidesysteme haben im Vergleich zu Maßnahmen der Landschaftspflege und herkömmlichen

Agrarnutzungen folgende Vorteile: Sie sind kostengünstig, auf großen Flächen wirksam, tierartgerecht, nachhaltig, es entstehen qualitativ hochwertige Lebensmittel und sie sind gesellschaftliche Sympathieträger.

Welche Erfolgskriterien sollten für eine extensive Weidehaltung erfüllt sein?

Extensive Beweidung ist ein zukunftsfähiges Bewirtschaftungsmodell für viele Mittelgebirgslagen und benachteiligte Gebiete. Über Tierart und Rassen entscheiden dabei die individuellen Möglichkeiten vor Ort und die Neigungen des Bewirtschafters. Aus meiner Sicht ist die ideale Strategie die Einrichtung großflächiger, möglichst arrondierter Weideflächen. Altgebäude sollten genutzt werden können. Neben der optimalen Nutzung von Prämien und Ausgleichszahlungen sind die Produktion nach besonderen Kriterien, wie etwa die Öko-Richtlinien, und eine Aufpreisvermarktung die entscheidenden Faktoren. Und besonders wichtig sind kompetente Partner vor Ort. Sei es bei der Verarbeitung oder Vermarktung, bei der fachlichen Produktionsberatung oder auch bei der Kommune, die das Projekt wohlwollend unterstützt.

Wo liegen die Probleme?

Zum einen ist es eine gesellschaftliche Frage: Wollen wir Grünland erhalten oder akzeptieren wir auch Sukzession bzw. Bewaldung? Hier müssen wir je nach Standort die entsprechende Antwort finden. Zum zweiten brauchen wir andere Rahmenbedingungen. Mit einer Maisprämie kann ich kein Grünland erhalten, sondern ziehe die ehemaligen Grünlandnutzer immer weiter in Richtung der Ackerstandorte. Ein weiteres Problem, sind die mittlerweile vielerorts fehlenden Bewirtschaftler.

Neben Haupt- und Nebenerwerbsbauern haben bei der Tagung auch Hobbyhalter ihre Erfahrungen vorgestellt. Eine Alternative zu den „fehlenden Bewirtschaftern“?

In zahlreichen Regionen Deutschlands zieht sich die Landwirtschaft aus der Nutzung von Grenzertragsstandorten zurück. In manchen Ort finden Sie überhaupt keinen Landwirt mehr. Hier gilt es, sich von alten Vorstellungen frei zu machen und über neue Strategien nachzudenken. Sei es über Partnerschaftsprojekte zwischen noch verbliebenen Landwirten und Verbrauchern oder



Prof. Dr. Rainer Luick von der AG Kulturlandschaft & Weideökologie der FH Rottenburg. Foto: Schumacher

auch über die Unterstützung von Hobbytierhaltern. Die heutige Beratungs- und Förderpolitik ist auf diese Entwicklung jedoch noch nicht vorbereitet.

Wie geht es weiter?

Die Anregungen und Ergebnisse der Tagung haben wir in einer 'Rottenburger Erklärung' zusammengefasst. Damit fordern wir bei Politikern, Verwaltung und Verbänden eine neue Ausrichtung an den Bedürfnissen extensiver Beweidungssysteme ein.

Thomas N. Schumacher

Die „Rottenburger Erklärung“ kann im Internet heruntergeladen www.fh-rottenburg.de/fhr/projekte/agaw/AGAW.html
Kontakt: FH Rottenburg, Prof. Dr. Rainer Luick, ☎ 07472-951-238, luick@fh-rottenburg.de

Zuckerrübe gegen Zuckerrohr

Zuckerrübe gegen Zuckerrohr: Wem nützt grenzenloser Welthandel? – diese SWR-Fernsehreportage berichtete kürzlich über die Ausbeutung der Arbeiter auf den riesigen brasilianischen Zuckerrohr-Farmen. Morgens teilen die Aufseher den Arbeitern be-

stimmte Areale zu, auf denen sie mit der Machete die großen Zuckerrohrpflanzen schneiden. Am Ende des Tages wird dann die geerntete Menge vom Aufseher „geschätzt“, oft weit unterhalb der wirklichen Menge. Nach 15 Stunden harter Arbeit, ohne Sozialver-

sicherung oder Arbeitsschutz, erhält ein Arbeiter dann den Gegenwert von 3 Euro, wovon seine zehnköpfige Familie vor Ort allenfalls drei Liter Milch und 2 Kilogramm Mehl kaufen kann. Jeder Unfall und jede Krankheit bedroht direkt die Existenz. Der Film berichtete aber auch über die Anstrengungen der Gewerkschaft, die Arbeiter zu organisieren und bessere Bedingungen zu erkämpfen. Das ist schwer, weil die Zuckerrohr-Plantagen wenigen mächtigen Zuckerbaronen gehören, die auch die Zuckerfabriken betreiben. In diesen sieht es hinsichtlich der Arbeiterrechte und des Unfallschutzes genau so schlecht aus, die Abwässer zerstören Trinkwasser, Grundwasser, Flüsse und Umwelt. Die Plantagenbesitzer wollen den Zuckerrohr-Anbau noch weiter ausdehnen, der Film beschreibt eindrucksvoll die Vertreibung von „störenden“ Kleinbauern von ihrem Land durch Repressalien.

Die brasilianischen Zuckerbarone fordern einen Abbau der Zollschränken,

um ihren Zucker (der unter diesen Bedingungen zum halben EU-Preis angeboten werden kann) in die EU zu exportieren. Die Reportage schildert parallel zur Zuckerproduktion in Brasilien auch die Zuckererzeugung in Deutschland: mit Zuckerquoten, die nicht nur die Gewinne der Zuckerfabriken, sondern die Existenz auch vieler bäuerlicher Betriebe sichern. Große Konzerne der Getränke- und der Süßwarenindustrie (z.B. Coca Cola und Nestlé) möchten dieses System abschaffen und stattdessen den Zucker billiger auf dem Weltmarkt kaufen. Die Filmemacher (Tilman Achtnich und Manfred Lardwig) stellten immer wieder die Frage, was denn eine Öffnung der EU-Grenzen für den Billigzucker aus Brasilien bewirken würde. Die Antwort von hiesigen Bauern und von brasilianischen Landarbeitern war eindeutig: höhere Gewinne der Plantagenbesitzer würden die Vertreibung von Bauern von ihrem Land beschleunigen, den Arbeitern in den Plantagen aber nichts bringen.



Landarbeiter auf Plantagen haben wenig Arbeitsrechte,

Foto: Archiv

Die Bauern und der „Plan Kolumbien“

„Der Kampf mit den Schlangen: Kaum ist eine totgeschlagen, taucht schon die nächste auf“¹

In den Bergen von Sucre, im Süden Kolumbiens, liegt das Dorf Tequendama. Dort leben 11 Bauernfamilien, die seit vier Jahren eine Genossenschaft bilden. Sie produzieren verschiedene Sorten Bananen und Bohnen für den Eigenbedarf und verkaufen ihre Überschüsse auf dem Markt, meist zu sehr niedrigen Preisen. Ihren ökologisch angebaute Kaffee wollen sie exportieren. Ein Problem für die Familien ist das wenige Land, das sie zur Verfügung haben: maximal 2 ha pro Familie sowie eine Gemeinschaftsfläche von 9 ha. Dennoch sind sie nach vier Jahren harter Arbeit zufrieden mit dem Ergebnis. „Geld ist nicht alles im Leben“, erzählen sie. Sogar die Jugendlichen im Dorf reden wenig davon, das Dorf zu verlassen und in die Stadt zu ziehen. Die Genossenschaft von Tequendama sieht sich Tag für Tag mit der Herausforderung konfrontiert, ein Projekt der bäuerlichen Landwirtschaft in einem Land aufzubauen, das von mehr als vier Jahrzehnten Bürgerkrieg gezeichnet ist. Der kolumbianische Bürgerkrieg trifft die Bauern, die Indigenen und die Afro-Kolumbianer besonders hart, denn sie sind die wichtigsten sozialen Gruppen, die auf dem Land leben. Im Bürgerkrieg werden die führenden Mitglieder auch ihrer Organisationen systematisch verfolgt und ermordet. Die verschiedenen Bürgerkriegsparteien – das sind Guerilla-Bewegungen, paramilitärische Gruppen, Drogenmafia und der Staat – wollen die Kontrolle über den ländlichen Raum und über die dort bestehenden Organisationen gewinnen.

Symbol für Rückständigkeit

Für die kolumbianische Führungsschicht sind die 11,6 Mio. traditionell arbeitenden Kleinbauern, immerhin über 30 % der Bevölkerung, ein Synonym für Rückständigkeit und mangelnde Effizienz. Das von der politischen Führung verteidigte Entwicklungsmodell setzt auf mechanisierte Großfarmen, die mit ihren Produkten auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein sollen. Den Kleinbauern bieten sie entweder die Unterordnung in eine als Unternehmen geführte Großfarm – oder die Vertreibung von ihrem Land. Wobei die gamones, Politiker und Großgrundbesitzer in einer Person, eine wichtige Rolle spielen. In diesem Sinne öffnete die Regierung Anfang der 90er Jahre die kolumbianische Wirtschaft für den Weltmarkt. Einige Produkte wie Milch, Reis und Zucker wurden weiterhin geschützt – das

sind die mit den stärksten Lobbyverbänden im Hintergrund. Die Einfuhr von (subventionierten!) Nahrungsmitteln aus den USA und der EU stieg jedoch um 700 %. Dies führte zu einem Rückgang der bewirtschafteten Fläche, vor allem bei Getreide, und zerstörte die ökonomische Struktur unzähliger Kleinbauern, auch in der Genossenschaft von Tequendama. Der große Kaffeeproduzent Kolumbiens muss derzeit Kaffee importieren! Auf der anderen Seite gab diese Politik den Großgrundbesitzern, die über 48 % der Landfläche verfügen, neuen Auftrieb, vor allem in der Viehwirtschaft. Die Politik des freien Marktes, die Kolumbien auferlegt wurde, ließ Tausenden von Kleinbauern keine andere Alternative als den illegalen Anbau von Koka und Schlafmohn in den Wäldern und auf den Höhen der Berge.

Tägliche Landvertreibungen

In Kolumbien gibt es heute mehr als 2 Mio. Bauern und Bäuerinnen, die gewalttätig von ihrem Land vertrieben wurden. Ein Beispiel sind die 280 Familien der Hacienda Bella Cruz im Landkreis Cesar. Im Februar 1996 wurden sie von paramilitärischen Gruppen vertrieben, ihre Häuser und Felder zerstört. Mehr als 40 Bauern wurden getötet. 1997 erreichten die meisten Familien, dass der kolumbianische Staat sie in drei anderen Regionen des Landes wieder ansiedelte. Ihre Situation bleibt jedoch schwierig. Zum einen ist der Boden in den neuen Gebieten schlechter. Zum anderen wurden ihnen keine Besitztitel ausgestellt und sie sind von weiteren Unterstützungsprogrammen ausgeschlossen, da sie keine Kredit aufnehmen können, um die erforderlichen 30% des Grundstückspreises zu zahlen!

Vor diesem Hintergrund steht der „Plan Kolumbien“. Im Namen der Bekämpfung des Drogenhandels und der Förderung des Friedens versucht die Regierung zum einen, die bewaffneten Kräfte am Rand des Staates zu überwältigen, vor allem die FARC-Guerilla.

Ihr Ziel ist es aber auch, den Widerstand der Bauern zu brechen und ihnen im Rahmen der Globalisierung ihr Entwicklungsmodell aufzudrücken. Zur Durchsetzung ihrer Ziele arbeitet die Regierung an zwei Fronten, die beide gleichermaßen katastrophale Auswirkungen auf die Bauern haben: die militärische und die wirtschaftlich-soziale. Die kolumbianische Regierung führt ihre im „Plan Kolumbien“ vorgesehene



Foto: Comunidad de Paz de San José de Apartado

Militäroffensive – mit finanzieller, politischer und militärischer Unterstützung der USA – vor allem im Süden des Landes durch, in der Region Putumayo. Als Grund wird der Kampf gegen den Drogenhandel vorgeschoben. Das Angebot an Koka soll eingeschränkt werden, mit dem Ziel, bis zum Jahr 2005 die Hälfte der Koka-Pflan-

zungen zu zerstören. Damit möchte die Regierung vor allem die FARC-Guerilla schwächen, die zu ihrem Unterhalt „Steuern“ auf die von den Bauern produzierte Koka einfordert. Mit Hilfe US-amerikanischer Hubschrauber und Flugzeuge versprühen die kolumbianischen Streitkräfte aus der Luft Herbizide über die Koka-Pflanzungen und bombardieren Labore, in denen Kokain hergestellt wird. Das Gift trifft jedoch nicht nur die Koka-Pflanzungen. Das Versprühen des Herbizid verursacht Krankheiten (Erblindung, Durchfall, Erbrechen, Hauterkrankungen, Atemprobleme) und stellt eine klare Verletzung des Rechtes sich zu ernähren dar. Das Gift auf den Feldern zerstört die Nahrungsgrundlagen der bäuerlichen und indigenen Gemeinschaften von Putumayo, Sur de Caquetá und Occidente de Amazonas. Diese Politik hat das Problem des Hungers verschärft und zu weiteren Vertreibungen von Kleinbauern und Indigenen geführt.

Stärkt Großgrundbesitzer

Auf der anderen Seite bietet die kolumbianische Regierung den Bauern eine Alternative: Im Rahmen der „strategischen Allianzen“ unterstützt sie den Umstieg vom Koka-Anbau auf den Anbau der Ölpalmen und anderer Produkte für den Weltmarkt. Die Bauern wer-

den gezwungen, sich ein Art von neo-feudalen Pachtverträgen mit Großgrundbesitzer zu unterwerfen. Die Bauernorganisationen beschuldigen die Regierung, eine wahre Anti-Agrarreform durchzuführen; der „Plan Kolumbien“ verwandele sich in „eine militärische und wirtschaftliche Stärkung der Großgrundbesitzer“, wie der Nationale Gewerkschaftsbund der Landwirtschaft (FENSUAGRO) feststellt.

Zur Zeit diskutiert der US-amerikanische Kongress sogar die Möglichkeit, die für den „Plan Kolumbien“ bereitgestellten Mittel in Höhe von etwa 1,3 Mrd. US-Dollar im Rahmen des Kampfes gegen den „Terror“ explizit für die Bekämpfung der FARC einzusetzen. In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, dass die kolumbianische Regierung unter dem Präsidenten Andres Pastrana kürzlich die 1998 begonnenen Friedensverhandlungen mit der FARC beendet hat. Die EU beteiligt sich momentan nicht an der Militäraktion, unterstützt jedoch die im „Plan Kolumbien“ vorgesehenen wirtschaftlichen und sozialen Projekte.

Beteiligung an Entscheidungen gefordert

Die Bauern „kämpfen mit den Schlangen“, bleiben aber trotz allem auf dem Land. So wie die Genossenschaft von Tequendama versuchen die Bauern und ihre Organisationen, ihre strategische Bedeutung für die Wirtschaft im ländlichen Raum zu verteidigen und als Subjekt der Entwicklung anerkannt zu werden. In diesem Kampf fallen besonders die Nationale Vereinigung der Kleinbauern „Einheit und Wiederaufbau“ (ANUCUR) und der Gewerkschaftsbund FENSUAGRO auf. Ebenso wie die AbL in Deutschland sind auch diese beiden Organisationen Mitglied im internationalen Kleinbauernverband „La Via Campesina“ (Der bäuerliche Weg). Diese Organisationen mobilisieren die Bauern u.a. im Einsatz für eine massive Agrarreform; für eine Landwirtschaftspolitik, die speziell auf die Kleinbauern ausgerichtet ist; und für einen Marktzugang zu gerechten Bedingungen. Vor allem jedoch fordern sie von der kolumbianischen Regierung die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen. Unter diesen Voraussetzungen könnte auch ein wirklicher Frieden zustande kommen.

Vilmar Schneider, Mitarbeiter des Internationalen FIAN-Sekretariats in Heidelberg

¹ Lied von Silvio Rodriguez

Qualität und Premium

Der Slowfood-Aktivist Arcais hat in einem FR-Gespräch den Bauernverband aufgefordert, endlich Leitbilder für „perfekte Qualitätsprodukte“ zu formulieren: hinsichtlich der Qualität in Anbau, Herstellung und Verarbeitung, regionaler Identität, sozialen Randbedingungen und geschmacklich-ästhetischer Präsentation. Man dürfe nicht immer nur auf die angeblich unreifen Verbraucher verweisen, sondern müsse auch vorangehen bei der Vermittlung der Einsicht: „Wirkliche Qualitätsprodukte kosten mehr!“

Demgegenüber verwies Bauernverbandspräsident Sonnleitner vor allem auf Probleme in diesem Bereich und betonte dem-

nes und junges Fleisch zarter schmecke. Hinsichtlich von ihm als „Nische“ klassifizierten regionalen Qualitätsproduktion verwies Sonnleitner auf die Unterstützung von Bauernmärkten durch den Bauernverband. Sonnleitner zufolge stagniert aber der Absatz von Qualitätsfleisch, er behauptete auch eine „Überproduktion im Biobereich“. Er selber habe aber bei der Vermarktung von Ökoprodukten geholfen und Mitarbeiter aus Ökobetrieben in Führungspositionen des Bauernverbands gehievt. Er warf den Biobetrieben vor, sie hätten sich anfangs bei der Supermarkt-Vermarktung selbst im Wege gestanden, und behauptete, die meisten Bio-Bauern



Alles Käse?

Foto: Sasse

gegenüber vor allem die Erfolge beim Agrarexport von Premiumprodukten und die Marketingerfolge der CMA.

Arcais beklagte das sinkende Image z.B. des regionalen Qualitätsprodukts Parmaschinken durch internationale Schweinefleischzukäufe. Sonnleitner dagegen setzte sich dezidiert für solche Exporte und für Fleisch aus Schnellmast ein: Schon seit der Antike sei bekannt, dass schnell gewachse-

seien Mitglied im Bauernverband und nicht bei den Ökoverbänden.

Slowfood-Vertreter Arcais: „Ihre Werbekonzepte stimmen nicht. Wo wird Qualität beworben? Die CMA-Kampagnen sind wenig hilfreich. Was heißt denn „Gutes aus Hessen“? Ich möchte da mehr erfahren über die Region, das Produkt. Es entsteht kein Image, mit dem man sich identifiziert...“

gf

Bauernschlau

Eine Studie der holländischen Fernseh-Anstalt BNN ergab, dass Landwirte mit einem Intelligenzquotienten von 127 zu den pffiffigsten Gesellschaftsgruppen gehören. Auch aus Deutschland gibt es neue Belege dafür, dass Landwirtschaft schlau macht. Der Landwirt Hans Jürgen Petersen verpasste kürzlich im Fernsehen nur knapp einen neuen Guinness-Buch-Rekord im Bilder-Merken, nachdem er beim Füttern, Melken, Treckerfahren (und wohl auch bei der Buchführung) sein Gedächtnis trainiert hatte. Systematischere Daten über deutsche Agrar-Intelligenz liegen bisher nicht vor. Und obwohl Ausbildung durchaus nicht mit Intelligenz korrespondieren muss, hier folgende Ersatzdaten: Von 250.000 deutschen Betriebsleitern mit abgeschlossener Berufsausbildung verfügen 17 Prozent über eine Meister/Fachagrarwirt-Fortbildung, 5 % über den Abschluss einer Höheren Landbauschule/Technikerschule und 5 % über einen FH- oder Uni-Abschluss.

pm

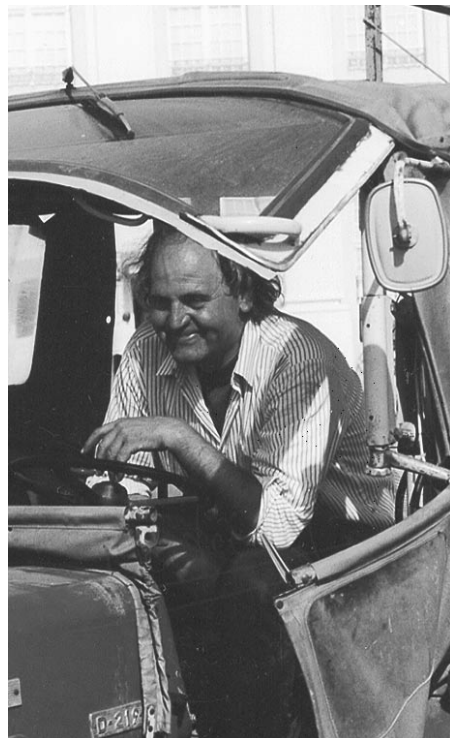


Foto: Archiv

Bäuerliche Badezimmer

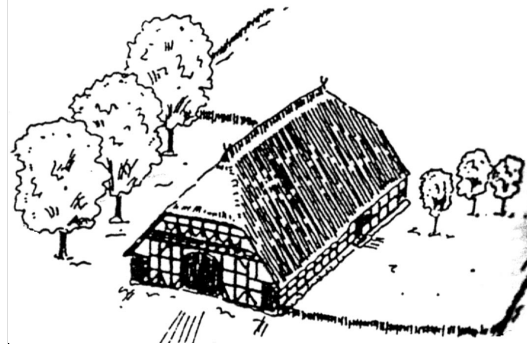
Wir hatten neulich eine Feier im Haus, ein großes, wildes Fest. Und es hagelte Komplimente. Das erste bekam die Liebste. Ein Ex-Mit-Zivi von mir sagte, als er noch sprechen konnte: „Du bissie hüschesse Mudder von fünf Kinnern, die ich kenn ...“ – ein Schweigen, ein angestrengter Blick ins Leere, dann: „Du biss aber auch die einzige Mudder von fünf Kinnern, die ich kenn ...“ Die Liebste meinte zwar, den zweiten Satz hätte er sich sparen können, aber da kam schon das nächste Kompliment. Einer sagte, als er vom Klo kam: „Noch nie habe ich in einem Bauernhaus ein so geschmackvoll eingerichtetes Badezimmer gesehen: Normalerweise gibt es dort nur grüne Kacheln, und dann hängt da der Top Agrar-Kalender ...“

Ich ging erstmal aufs Klo, um zu gucken, was da so besonders sein soll. Alles war wie immer: weiße, rote und blaue Fliesen, WC, Dusche, Waschbecken, alles normal. Dazu eine Wand in gewisstem Blau, ein nur angedeuteter, mit zarten Strichen gezeichneter weiblicher Akt, eine Bildplatte der Beatles, Abbey Road, wie sie da über die Straße latschen, ein Design-Tampon-

spender aus Schweden. Meine Werner-Comics, die Bauernstimme, einige Pflanzen, einige Bücher.

Schließlich soll man sich wohlfühlen, auch an diesem Ort.

Nach der Fete begann ich, systematische soziologische Studien anzufertigen zum Thema



... aus Schleswig-Holstein

„Das Badezimmer als Träger bäuerlicher Kultur“. Ich gründete die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Badezimmer (AbB). Ich war ständig unterwegs und ging bei den Bauern aufs Klo. Dort schieße ich dann heimlich Polaroids. Inzwischen bereite ich eine große Ausstellung zum Thema vor. Arbeitstitel: „Wo die Wurst hängt – Bauern und ihre Badezimmer“.

Eines kann ich jetzt schon sagen: Das Bauernklo ist besser als sein Ruf. Was nicht bedeutet, dass man dort keine skurrilen Entdeckungen machen könnte. Doch ganz so trostlos wie in Detlef Bucks unvergessener Filmszene – er sitzt auf dem Klo, von Fliegen umschwirrt, den Misthaufen im Blick und ruft: „Oma, Papier is' alle!“ – ganz so trostlos sieht es nicht aus. Allerdings ist eine deutliche Vorliebe für kuhschietfarbene Fliesen nicht von der Hand zu weisen, wobei die Farbtöne je nach Futterration von maissilagehellbraun bis frischwiesendunkelgrün variieren. Oft wachsen auf den Fliesen auch noch Rohrkolben.

Neulich, bei den Eltern eines Freundes, dann ein Fund von nicht abschätzbarer archäologischer Bedeutung. Ein (aktueller) Raiffeisen-Kalender und als einzige Lektüre ein Exemplar von „Das Beste aus Reader's Digest“, Februar 1983, Titelthema „Sex in der Sowjetunion: ein Tabu?“ Ich klaute es, jetzt liegt es in unserem Bad.

Nur bei meinem Nachbarn, dem Junggesellen, habe ich noch nicht fotografieren können. Als ich zuletzt da war, traf ich ihn bei der Reinigung des Bades. Er stand darin, mit Gummistiefeln und Melkerschürze angetan, und betätigte den Hochdruckreiniger. „Oh, du putzt?“ rief ich ihm zu. Und er antwortete: „Ja, ich habe grad die Küche abgespritzt, da hab ich gedacht, mach man das Bad gleich mit ...“

Es war neblig dort. Ich kann gar nicht mal sagen, ob er Motivfliegen hat. Morgen fahr ich hin, ganz bestimmt, um mir irgend etwas auszuleihen. Diese Ungewissheit, sie lässt mir einfach keine Ruh...

Ein Bauer (33 Jahre) erzählt ...

Mehr Wissen über Landwirtschaft nötig

Milchmuseum in Willingen-Usseln eröffnet

Gehört die Milch schon ins Museum? Ist sie soweit aus dem Alltag verschwunden, dass über sie auf Schautafeln berichtet werden muss? Hinter der ungewöhnlichen Idee steckt die Upländer Bauernmolkerei. In ihr wurde Ende Mai im hessischen Willingen-Usseln mit über hundert Gästen das Museum eröffnet. Die große Aufmerksamkeit für die offizielle Schlüsselübergabe des Museums zeigt die gute Verankerung der Molkerei und auch des neuen Museums in der Region. Die Geschäftsführerin der Upländer Bauernmolkerei und treibende Kraft hinter der Museumsgründung, Karin Artzt-Steinbrink, führte einige Motive für die Einrichtung auf. Da aus hygienischen Gründen in der Molkerei

keine Führungen mehr gestattet sind, drängte die Frage, wie den Touristen in der Region Waldeck-Frankenberg ein Einblick in die Milchverarbeitung gegeben werden kann. Zumal es Platz im alten Molkereigebäude gab und das Upland eine lange landwirtschaftliche Tradition aufweist, lag es auf der Hand, die Einbindung der Landwirtschaft in den Tourismus über ein Museum zu suchen. Doch das Auf-der-Hand-Liegen und gute Kontakte in die hessischen Ministerien hinein machten den Anfang nicht weniger schwierig. Klaus Schüttler, Ministerialrat aus dem hessischen Ministerium für Wirtschaft und Landesentwicklung, berichtete in Usseln, dass das Museum eine Herausforderung für die Förderung über die

Dorferneuerung war, es herrschte Ratlosigkeit auf allen Verwaltungsebenen. „Im Museum kann nach hinten geschaut werden, um nach vorne Schlüsse zu ziehen“, nennt Josef Jacobi, Aufsichtsvorsitzender der Molkerei, die Absicht hinter dem Milchmuseum. Darin werde gezeigt wie Landschaft entsteht, wie Bauern Kulturlandschaft schaffen. Zusätzlich gehe es darum, deutlich zu machen, dass gute Qualität aus der Region ihren Preis hat.

Gemeinsam auf den Weg bringen

Auch die nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn sprach zu Regionaler Vermarktung und ökologischer Erzeugung. Für sie stellt das Milchmuseum einen wichtigen Punkt in der Verbraucheraufklärung dar. „Wenn wir die neue Landwirtschaftspolitik auf einen sicheren Weg bringen wollen, können das nur Verbraucher und Bauern gemeinsam.“ Dafür sei wieder mehr Wissen über Landwirtschaft nötig. Dass aus zwei Bundesländer Vertreter von drei Ministerien anwesend seien, sei Ergebnis der guten Arbeit der Menschen vor Ort, die auch an all diese Türen geklopft hätten. Bärbel Höhn schloss mit einem Plädoyer für den Genuss am Essen, das wieder schmecken müsse und als zusätzliche Lebensqualität gesehen werden soll.

Sowohl Wolfgang Gutberlet von der Firma tegut, die Supermärkte im Südosten Deutschlands betreibt, als auch Gerald Wehde, Geschäftsführer von Bioland Hessen, betonten die Bedeu-

tung, die die Molkerei für sie habe. Mal als einer der größten Lieferanten an Biomilch mal als Motor für die Umstellung auf ökologischen Landbau und größter Verarbeiter im Land für den Bioland-Verband.

Viel zu sehen

Im Muhseum können historische Gegenstände der Milchverarbeitung, meist von Menschen aus der Region gestiftet, betrachtet und teils auch angefasst werden. In einer Stallecke wird der Weg vom grünen Gras zur weißen Milch beschrieben, zusätzlich gibt es einen Film, in dem die Milchverarbeitung erklärt wird. Selbstverständlich gibt es auch eine Kuh für Melkversuche sowie eine Vitrine über „den Kitsch und die Kunst, die Kühe seit einigen Jahren über sich ergehen lassen müssen“, führt Karin Artzt-Steinbrink aus. Geplant ist hinter dem Muhseum mit einer Schulklasse einen Milchgarten anzulegen, in dem all die Pflanzen wachsen sollen, die einen Bezug zur Milch haben. Butterblumen über ihren Namen, Kräuter für den Kräuterquark oder Labkraut, das früher für die Milchgerinnung eingesetzt wurde. Auch heute schon sind im Museum die Arbeiten von Schülern zu sehen: Bilder, in denen sie ihre Erfahrungen und Vorstellungen über Kühe wiedergeben. Der Besuch des Dienstags bis Donnerstags geöffneten Muhseums ist kostenlos. Bei Anmeldung sind Führungen mit der Museumsleiterin Anke Pavlicek möglich, die dann je Kind ein und je Erwachsener zwei Euro kosten. ms

Kontakt Milchmuhseum: Tel: 05632-922222



Milchmuseumsleiterin Anke Pavlicek

Thai-Geflügel aus Agrarfabriken

Ein zunehmender Anteil des in Deutschland verzehrten Geflügelfleischs, vor allem in Fertiggerichten und als Handelsmarken, wird durch Billig-Importe aus Thailand gedeckt. Alarmiert durch die Antibiotika-Funde in Shrimps, haben deshalb Verbrauchervertreter Aufklärung über die Erzeugungsbedingungen in Thailand verlangt. Auch der Bauernverband meldete hierzu und zu den Arbeits- und Lohnverhältnissen seinen Informationsbedarf an. Wie die „Lebensmittel-Zeitung“ schon Anfang 2001 berichtete, liegen Produktion und Export von Geflügelfleisch Thailands in den Händen weniger großer Konzerne, die alle Erzeugungsstufen von der Zucht über

die Haltung bis hin zur Schlachtung in der Hand haben, die Futtermittel-Herstellung eingeschlossen. Laut „Lebensmittel-Zeitung“ werden die europäischen Qualitätsvorschriften eingehalten, man achte auch sehr sensibel auf die Verwendung von gentechnikfreiem Futter. Allerdings wurden in Geflügel aus Thailand und Brasilien kürzlich Spuren von Nitrofurant gefunden, einem in der EU verbotenen Medikament.

Auch in Thailand beherrschen große Konzerne den Geflügelbereich: Die Gesamtproduktion von 1,3 Mio. Tonnen Geflügelfleisch wird von weniger als 20 Unternehmen beherrscht. In der Gesamtproduktion, auch für den

inländischen Markt, dominiert die C.P.-Gruppe. Den Export bestimmen folgende Konzerne: „Saha Farms“ gehört thailändischen Eignern und exportiert wie die anderen Firmen vor allem nach Japan, Südostasien, in die Niederlande und nach Deutschland. An der zum Futtermittelkonzern „Betagro“ gehörenden Geflügelfirma „B. Foods Co.Ltd.“ ist der japanische Autohersteller Mitsubishi beteiligt; mit anderen asiatischen und amerikanischen Konzernen werden weitere Unternehmen für die Schweineproduktion, für Futtermittel und chemische Produkte betrieben. Der drittgrößte thailändische Geflügelkonzern „Golden Foods International“ (mit der Marke „Becker's“) gehört dem niederländischen Nahrungsmulti Royal Wessanen.

Gleichzeitig, so ein Bericht der Süddeutschen Zeitung, werden viele Kleinbauern in Thailand immer ärmer. Im Zuge einer Regierungspolitik, die ganz auf schnelle Intensitätssteigerung, Monetarisierung und Welthandel setzt, hätten sie sich wegen sinkender Agrarpreise beim Zukauf von Saatgut, Dünger und Pestiziden verschuldet. Die Regierung will im Zuge der Liberalisierung demnächst auch für das Bewässerungswasser Geld verlangen. Das bedeutete für zahllose Bauern den endgültigen Ruin. Gegen die Globalisierung der Landwirtschaft, die Abhängigkeit von internationalen Konzernen und der WTO gibt es eine wachsende Bauernbewegung, die zuletzt eine dreijährige Pause bei der Schuldentrückzahlung erreicht hat. en

Die Gärten der Frauen

Zur sozialen Bedeutung von Kleinstlandwirtschaft in Stadt und Land weltweit

Hobbygärtner“, seufzt eine befreundete Gärtnerin und unterdrückt nur mühsam die Verachtung in ihrer Stimme, wenn jemand fünf Salatpflanzen will. Viel Beachtung erfahren die Kleinstlandwirte nicht. Hobby wird ihre Beschäftigung genannt – ohne wirtschaftliche Bedeutung und umständlich, da werden Gießkannen geschleppt statt mal kurz die Beregnung angeschaltet. Doch weltweit betrachtet ist dieses umständliche Hantieren kein Hobby mehr sondern lebenswichtig für die Ernährung von Millionen von Menschen. In dem Sammelband *Die Gärten der Frauen*, widmet sich unter anderem Heide Inhetveen dem Vorsorgen der Wirtschaften und der Informellen Ökonomie am Beispiel der Gärten. Mitte der 90er Jahre wurden in Russland über 80% der Kartoffeln und sogar über 90% des Gemüses und des Obstes aus ländlichen Hausgärten geliefert. Doch die Russin, die gekonnt mit ihrem Erzeugnissen aus dem Garten ihr Leben organisiert und wie der Inbegriff einer glücklichen Gärtnerin scheint, wünscht sich wieder eine



bezahlte Arbeitsstelle in ihrem Beruf. Das Buch sammelt Eindrücke von Gärten und Kleinstlandwirtschaft rund um den Globus. So werden Aufsätze über Landnutzungsrechte in Nairobi mit der Geschichte und der heutigen Bedeutung von Kleinstlandwirtschaft in Osteuropa nebeneinandergestellt. Über die politische Bedeutung der Gartenbewegung wird anhand der Gemeinschaftsgärten-Bewegung aus den USA und ihren Widerstand gegen die Vertreibung von ihren Flächen ebenso berichtet wie über Selbstversorger-Landwirtschaft im Wendland. Über die Arbeitsorganisation und den Umgang mit Saatgut in Bangladesh ist zu lesen. Aus dem bunten Kaleidoskop der Gärten kann manch ein anregender Aufsatz gepickt werden, einzelne werden ihrem Titel jedoch nicht gerecht und versprechen mehr als sie halten können. *ms*

Elisabeth Meyer-Renschhausen und Renate Müller (Hrg.): *Die Gärten der Frauen*. Centaurus Verlag 2002. 336 S. 22,40 €; zu beziehen über den ABL-Verlag

Agrarpolitik in Frankreich

Studie von Abl und Euronatur über Umsetzung der Agenda 2000 in Frankreich

Frankreich hat in einigen Bereichen die vorhandenen Gestaltungsspielräume, die die EU-Agrarpolitik in der Agenda 2000 den einzelnen Staaten lässt, wesentlich stärker und viel früher im Sinne der bäuerlichen Betriebe und der Umwelt genutzt als Deutschland und andere EU-Länder. Während zum Beispiel Deutschland erst im nächsten Jahr als viertes Land in der EU die sogenannte Modulation der Prämien einführt, wendet Frankreich dieses Instrument zur sozialen und ökologischen Anbindung der EU-Zahlungen schon seit 2000 an. Zwar gibt es an der konkreten Umsetzung in den einzelnen französischen Departements Kritik seitens der französischen Confédération Paysanne, aber es gibt immerhin das Instrument der Differenzierung und Qualifizierung der Prämien. Die Studie beschreibt ausführlich, wie die sogenannte Modulation in Frankreich funktioniert. Im Unterschied zu Deutschland wird in Frankreich bei der Prämienberechnung für die Landwirtschaft auch berücksichtigt, wie rationalisiert ein Betrieb ist bzw. wie viele Arbeitskräfte er beschäftigt.

Interessant in der Studie sind auch die Ausführungen über die verschiedenen Qualitätsprogramme in der Landwirtschaft. Was die gezielte Ausdifferenzierung des Marktes angeht, können wir in Deutschland von den französischen Nachbarn noch einiges lernen, z.B. was den Schutz von regionalen Qualitätsprodukten angeht.

Die Studie ist im Rahmen eines gemeinsamen Projektes von Euronatur und Abl entstanden, das zum Ziel hat, die Arbeit der Umweltverbände und von landwirtschaftlichen Organisationen zur EU-Agrarpolitik und deren Reform zu koordinieren. Das Projekt wird vom Umweltbundesamt gefördert. Die Frankreich-Studie wurde von Dr. Andrea Fink-Keßler vom Kasseler Büro für Agrar- und Regionalentwicklung erstellt.

Umsetzung der Agenda 2000 in Frankreich. Landwirtschaft, Agrarpolitik und die Umsetzung der Berliner Beschlüsse zur Agenda 2000 in Frankreich. 28 S. Die Studie ist im Internet zu finden unter www.euronatur.org oder bei der Abl (info@abl-ev.de, Tel.: 02381-9053171) zu bestellen.



Umsetzung der Agenda 2000 in Frankreich. 28 S. Die Studie ist im Internet zu finden unter www.euronatur.org oder bei der Abl (info@abl-ev.de, Tel.: 02381-9053171) zu bestellen.

Dänemark mit hohen Standards

Zweite Länderstudie untersucht Agrarpolitik in Dänemark

Das Beispiel Dänemark zeigt: Hohe Umwelt- und Tierschutzaufgaben stehen nicht im Widerspruch zu einer wirtschaftlich tragfähigen Landwirtschaft. Sie können im Gegenteil sogar Türöffner auf internationalen Agrarmärkten sein. Das ist ein Ergebnis einer zweiten Länderstudie von Euronatur und Abl. „Während der Deutsche Bauernverband nicht müde wird, wichtige Fortschritte im Tier- und Umweltschutz unserer Landwirtschaft als Existenzbedrohung für die Bauern darzustellen, verfolgt Dänemark mit aktiver Unterstützung des dortigen Bauernverbandes vehement die Strategie, als Vorreiter im Tierschutz Märkte zu sichern und neue zu gewinnen“, kommentieren Euronatur und Abl die unterschiedlichen Diskussionen in den beiden EU-Ländern. So gehen seit dem 1.7.2001 die dänischen Tierschutz-Vorschriften in der Schweinehaltung weit über die EU-Vorgaben hinaus. Und die Bauern haben davon auch noch etwas. Denn anders als bei dem von Teilen der deutschen Agrarwirtschaft vorbereiteten Programm „Qualität und Sicherheit“ (QS) erhalten die dänischen Bauern, die beim Qualitätsfleischprogramm der dänischen Branchenorganisation „Danske Slagterier“ mitmachen, einen Preis-Aufschlag von immerhin 5 Cent pro Kilogramm Schlachtgewicht für ihre zusätzlich erbrachten Leistungen, berichtet die Studie. Auch auf die gesetzlichen Umweltauflagen, an die in Dänemark – anders als in Deutschland – auch die EU-Prämien gebunden sind, geht die Studie ausführlich ein.

Umsetzung der Agenda 2000 in Dänemark – Landwirtschaft, Agrarpolitik und die Umsetzung der Berliner Beschlüsse zur Agenda 2000 in Dänemark. 32 S., zu bestellen wie obige Studie bei Euronatur und Abl.

Bestellcoupon zum Gedeihen am Rande

Ich bestelle:

Zur Zeit vergriffen: Der kritische Agrarbericht 2002

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht 1999 bis 2001 zum Sonderpreis im Paket: _____ €

(2 Ausgaben 30 €; 4 Ausgaben 55 €)

Der kritische Agrarbericht 2001: 20,- €

Die Ausgaben 1996-1998 je Ausgabe nur noch 5,- €: _____ €

Die Ausgaben 1993-1995 je Ausgabe nur noch 2,50 €: _____ €

.... Expl. Bürgernetze statt Subventionen, 17,95 €: _____ €

außerdem:

Porto 2,75 €

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck

Summe _____ €

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ gegbf. email _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

(Klein) ANZEIGEN**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Kleinanzeige 10,- €; Chiffregebühr 2,50,- €. Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50,- € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschläge bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: bauernstim@aol.com.

Hof und Arbeit**Morgenländer Hof braucht Verstärkung!**

Bioland-Betrieb mit Schaf-, Pferde-, Mutterkuhhaltung und Futterbau im südlichen Schleswig-Holstein sucht nette Leute (gern Paar mit Kindern), die langfristig mit auf unserem Hof wohnen und arbeiten wollen. Eigener Betriebszweig ist möglich. Astrid und Hinrich Sager, ☎ 04123-5571

● **Pächter zum 01.01.03 gesucht,** kleiner Demeterhof, 12 ha, mit Entwicklung zum Landschaftspflegehof mit extensiver Rinder- und Pferdehaltung auf ca. 150 ha Naturschutzflächen, Raum Flensburg, Landgemeinschaft Angeln e.V. ☎ 04632-7266, Fax: -7240

● Jg. Frau, 44 J., Bau-Ing. beg. Ökohobbygärtnerin, sucht für Neubeginn Arbeits- u. Wohnort im gesunden Ökoprojekt – Landwirtschaft o. Tourismus ☎ 0172-4032113 ab 19.00 Uhr

● Wir suchen für unseren Familienbetrieb für das Sommerhalbjahr 02 einen **Erntehelfer, Lehrling o. Praktikanten** f. unseren Landw. Betrieb in der Nähe v. Nürnberg. Wir bewirtschaften ca. 125 ha Acker u. Grünland. Wir halten ca. 70 Mutterkühe mit Nachzucht der Rasse DA im Tieflaufstall. Gutes Familienklima und voller Familienanschluss u. Lohn wird zugesichert. Fam. Georg Fensel, 90542 Eckental, Mainstr. 1, ☎ 09126-288238

● Biolandhof mit Sattelschweinen in Angeln (S-H) sucht **Vermarkter** für Bio-Schweinefleisch-Lieferservice. Zur Arbeit gehören Datenverarbeitung, Fleischpacken und Kundenbelieferung. Denkbar ist auch die Entw. von Marketingstrategien oder Mitarbeit in der Landwirtschaft. Infos unter ☎ 04642-2949 und www.biohof-spannbruck.de

● **Biolog.-Dyn. Landwirt im Ruhestand** bietet ZWEITEINKOMMEN für Powerfrauen oder rüstige Rentner mit der Pflanze MORINDA CITRIFOLIA und network marketing Infos: www.1396578.manuigroup.net, Passwort: info

Tiermarkt

● **Verkaufe laufend beste Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

Stahlhalle

Freitragende Stahlhalle, 50 m x 20 m x 4,25 m 1.000 qm Grundfläche, komplett montiert, mit Dach- und Wandverkleidung aus Trapezblech.

netto EUR 59.900,00

Fa. STAHA Tel.: 04773-888 9604
04773-89 22 73
Fax:

Alle Größen bis 120,00 m freitragend, lieferbar

Veranstaltungskalender**Countdown für Johannesburg**

31. Mai bis 1. Juni 2002, Berlin

Internationale Konferenz mit hochkarätigen ReferentInnen aus Wissenschaft, Verbänden und Politik. Im Mittelpunkt stehen die Herausforderungen, die sich aus Sicht der Zivilgesellschaft aus dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung für die deutsche Politik ergeben. Die Konferenz ist einer der Höhepunkte der deutschen NGO-Vorbereitungen auf den Weltgipfel im Herbst. Mit Renate Künast, Hubert Weinzierl, Jochen Flasbarth, Sunita Narain u.a.

Heinrich-Böll-Stiftung und Forum für Umwelt und Entwicklung, Constantin Vogt, ☎ 030-28534-230, countdown@boell.de, www.worldsummit2002.de, Gebühr: 15 EUR/ermäßigt 10 EUR

Agrarwende – am Anfang oder am Ende?

07. Juni 2002, Borken

Gesprächsrunde zu den Ökolandbautagen NRW mit Ministerin Bärbel Höhn; Johannes Röring Landw. Kreisverband Borken; Klaus Brunsmeier, BUND NRW; Friedrich Ostendorf, AbL; Dr. Georg Scholz, Mdl; Eckehard Uhlberg, Mdl.

nua (Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW), ☎ 02361-305-344 od. -345 od. -337, Fax: -340, www.nua.nrw.de

Perspektiven für einen gerechten Agrarhandel

07. bis 09. Juni 2002, Loccum

Der internationale Handel mit Agrarprodukten ist seit langem eines der kontroversen Themen auf der internationalen Bühne. Auch eine Agrarwende muss diese internationalen Beziehungen mit einbeziehen. Was sind die Probleme der Produzent/-innen von Agrarprodukten? Welche Perspektiven lassen sich für einen „gerechten Agrarhandel“ entwickeln? Was sind die Handlungsspielräume von Produzent/-innen, Händler/-innen, Politiker/-innen und Verbraucher/-innen? Ziel der Tagung ist es, diese Fragen – passend zum Welt Ernährungsgipfel in Rom – zu beantworten und weitere Schritte zu erarbeiten.

Evangelische Akademie Loccum, ☎ 05766-810, Fax: -81900, www.loccum.de

NAROSSA° 2002

09. bis 11. Juni 2002, Magdeburg

Internationale Messe und Kongress für nachwachsende Rohstoffe und Pflanzenbiotechnologie von Bio-Diesel über Bio-Schmierstoffe und Bio-Kunststoffe bis hin zu Pflanzenölen, Naturfasern u.v.m. Messe Magdeburg, ☎ 0391-886-2990, www.messe-narossa.de

Technik im ökologischen Gartenbau

10. Juni 2002, Hamburg

Im Rahmen des Projektes „Ökologischer Gartenbau“ in Hamburg, findet diesjährig unser erster Tag der Technik im ökologischen Gartenbau in Zusammenarbeit mit der Firma Leuschner Landtec, Gebietsvertretung der Firma Kress & Co. in der Naturland-Gärtnerei Martin Sonnenschein. Die Veranstaltung bietet einen breiten Überblick über die Primär- und Sekundärbodenbearbeitungsverfahren und der Technik zur mechanischen Unkrautbekämpfung. Ein Programmteil wird sich mit dem Anbau auf Dämmen und Hügelbeeten befassen.

Informationen und eine Anfahrtskizze erhalten sie bei der Landwirtschaftskammer Hamburg: Herr Dirk Scholz, ☎ 040-781291-28 bzw. Fax: 787693, LWK.Scholz@t-online.de

Thüringer Ökolandbau-Feldtag

12. Juni 2002, Mittelsömmern

Vortragsveranstaltung und Sortenversuchsbesichtigung auf dem Landwirtschaftsbetrieb Dr. Marold/ Mittelsömmern

Thüringer Ökoherz e.V., Wohlsborner Straße 2, 99427 Weimar/Schöndorf, T03643-437128, Fax: -437102, www.oekoherz.de

Wissenschaft und Praxis der Landschaftsnutzung

12. bis 14. Juni 2002, Chorin (bei Berlin)

Das wissenschaftliche Symposium ist als Abschlussveranstaltung des Verbundprojektes GRANO (Ansätze für eine dauerhaft-umweltgerechte Gestaltung regionaltypischer Agrarlandschaften in Norddeutschland) geplant.

Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung, 15274 Müncheberg, ☎ 033432-82-292, Fax: -82-193, www.zalf.de/grano/symposium

Heuernte in alter Tradition und Qualität

13. bis 16. Juni 2002, Lauda

Die fachgerechte Handhabung von Sensen, vom Schärfen bis zum Mähen, Qualitätsmerkmale von Sensen und die Heuwerbung mit Hilfe von Heizen sind die zentralen Themen dieses dreitägigen Praxis-Seminars.

Ländliche Heimvolkshochschule Lauda, Tauerberstr. 9, 97922 Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, www.LHVHS.de

Berglandwirtschaft – Kulturerbe und Hoffnungsträger

14. und 15. Juni 2002, Schöna am Königssee
Der Deutsche Grünlandtag mit Vorträgen, Podiumsdiskussion und Almexkursion steht dieses Jahr ganz im Zeichen des Internationalen Jahr der Berge mit einem Blick zu den europäischen Nachbarn. Deutscher Grünlandverband, Eienacher Str. 99, 12685 Berlin, ☎ 030-547032-80, Fax: -81, www.gruenlandverband.de

Nahrung, Land und Zukunft

14. bis 16. Juni 2002, Hamburg

Kongress über die Voraussetzungen einer zukunftsfähigen Welternährung in Zeiten neoliberaler Globalisierung.

Filmprogramm mit themenrelevanten Filmen als Vorprogramm, vom 10. bis 13. Juni im Kino 3001, Schanzstr. 75

Umdenken, Heinrich Böll Stiftung Hamburg, ☎ 040-3895270, Fax: -3809362, umdenken@t-online.de, Gebühr: 20,- Euro (gesamt), 7,- (Tag)

Mit dem Fahrrad durch Nordbrandenburg

17.-21. Juni 2002

Bildungsurlaub: VISIONEN FUER EIN ZUKUNFTSFAEHIGES LEBEN, Auf dem Weg zu neuen Leitbildern
Bildungswerk Berlin der Heinrich-Boell-Stiftung, Fon 030-12 60 74, Fax 030-618 30 11, umwelt@bildungswerk-boell.de, www.bildungswerk.boell.de, Teilnahmegebühr: 200,-/150,- EUR alles inklusive

Energie aus dem Acker

28. bis 30. Juni 2002, Meißen

Chancen der Landwirtschaft als Energielieferant in der erweiterten EU. Wird die Biomasse zukünftig zum Energielieferanten werden?

Ev. Akademie Meißen in Zusammenarbeit mit Evangelische Akademie Baden, ☎ 0721-9175-361, Fax: -9175-350, info@ev-akademie-baden.de

Zweimal schneiden – und was dann?

04. Juli 2002, Bad Hersfeld

DLG-Grünlandtagung zu Wirtschaftlichkeit, Anforderungen an das Grünland, Einfluss des Schnittzeitpunkt und zu neuen Entwicklungen bei der Silagebereitung.

Deutsche-Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Eschborner Landstr. 122, 60489 Frankfurt a.M., ☎ 069-24788-314 bzw. -301, Fax: -114, www.dlg.org, Anmeldung erwünscht

Bedeutung genetischer Ressourcen für Erhalt von Weidelandschaften und Biodiversität

04. und 05. Juli 2002, Böblingen

Fachtagung über mittel- und osteuropäische Weidelandschaften sowie alte Haustierrassen in Zusammenarbeit mit der Umweltstiftung Euronatur, der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall und dem Landkreis Böblingen als Beitrag zur Aktion biologische Vielfalt.

Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg, ☎ 0711-12628-14, Fax: -93, www.uvm.baden-wuerttemberg.de/akademie, Gebühr 40,- Euro

Ökologische Pflanzenzüchtung

09. Juli 2002, Weihenstephan

Stand der aktuellen Diskussion mit Klaus Peter Wilbois, European Consortium for Organic Plant Breeding, c/o Forschungsinstitut für biologischen Landbau, Berlin öffentliche Seminarreihe an der TU München/Weihenstephan, Vorträge jeweils um 18 Uhr im Hörsaal 12 neben dem Parkplatz in Mensa-Nähe, Kontakt: Dr. Reents, ☎ 08161-71-3778, www.weihenstephan.de/oel

Vertragsnaturschutz im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms NRW – eine erste Bilanz

11. Juli 2002, Recklinghausen

Die „Rahmenrichtlinien Vertragsnaturschutz“ sind seit rund zwei Jahren in der Anwendung. Wie hat sich die Praxis entwickelt und das Verfahren bewährt? nua (Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW), ☎ 02361-305-0, Fax: -340, www.nua.nrw.de

Vorbeugende Tiergesundheit und Homöopathie in der Rinderhaltung

30. bis 31. Juli 2002, Altenkirchen


Evangelische Landjugendakademie, Ute Rönnebeck, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-95160, Fax: -70206, roennebeck@lja.de, Teilnahmebeitrag: 120,00 Euro

GENUSS PUR!

Das dekorative Gemüsekalender-Poster (DIN A3) gibt rund ums Jahr Auskunft, wann die Zeit für frische Kohlrabi, Möhren, Chicorée und Co. vom (Bio-)Bauern nebenan gekommen ist!

Bestelladresse:
NABU Naturschutzbund NRW
Merowingerstraße 88 · 40225 Düsseldorf
(bitte 3,-DM/1,50 € in Briefmarken beilegen)

<http://www.nabu-nrw.de> Spendenkonto: 102 111 010 (BLZ 301 602 13)


**Alternativen denken!
Attac-Sommerakademie 26. bis 31. Juli in Marburg**

Die neoliberale Globalisierung wirft immer wieder viele Fragen auf. Antworten will die Attac-Sommerakademie geben. Mit einer bunten Vielzahl von Veranstaltungen lädt Attac Aktive und Interessierte zu spannenden Workshops, fundierten Vorträgen und prominent besetzten Podiumsdiskussionen ein.

Kostenlose Informationen erhalten Sie bei:

Attac, Artilleriestr. 6, 27283 Verden, Tel.: 04231 / 957 591, Fax.: 04231 / 957 594,

info@attac-netzwerk.de,
www.attac-netzwerk.de

attac





Auf zum Bauerntag nach Waging!



Programm: siehe Seite 2

Ich werde Mitglied in der **AbL**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der AbL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50,- € oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 € | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis fügen bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- € |

Mitgliedsadresse:

Name Vorname

Straße PLZ, Ort

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: <http://www.bauernstimme.de> • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Wiebe Erdmanski-Sasse, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** 36,- € jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 27243 Beckeln, Im Unterdorf 27, ☎ 04244/966725, Fax 04244/967422
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Osteide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Ellwerath, ☎ 06551/2636, Fax: - 985783
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike Hasemeier-Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmeh, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
Landesverband: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: AbL-Bayern@web.de
Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400
Vorpommern: Albert Wittneben, Oberstried 4, 17089 Grischow, ☎ 039604/26856

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreisen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof_berner@hotmail.com

AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenottebrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daike Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeh 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

IG-Boden, Ansprechpartner: (Mecklenburg) Franz Joachim Bienstein, ☎ u. Fax: 03841-791273; (Vorpommern) Franz Hinnemann, ☎ u. Fax: 038331-80024; (Brandenburg) Bernd Hüsgen, ☎ 033704-66161, Fax: -66162

Bauer Beck fährt weg

Er ist ein Mann in den besten Jahren. Leicht schütteres Haupthaar gleicht er durch einen imposanten schwarzen Strubbelschnäutzer aus und die durchaus umfängliche Leibesfülle durch die Dynamik seines Tuns. Trotzdem ist Bauer Beck einer, wie ihn höchstens noch Kinderbuchautoren wollen. Er hat keinen nach dem Prinzip des „wie ist es arbeitswirtschaftlich am günstigsten“ angelegten Hof, keine neue Maschinenhalle in kostengünstiger Elementbauweise. Schließlich hätte er sowieso keine neuen Maschinen, die er dort unterstellen könnte. Er hat keinen vollklimatisierten einstreulosen Stall und verkauft seine Gülle nicht an irgendwelche norddeutschen Ackerbauern, sondern schaufelt mit Toni, der Magd, Mist auf altersschwache Anhänger. So wie ich ihn kenne, wird er ab und zu dastehen und sagen: „wozu die ganze Plackerei“, aber er wird auch ab und zu mal in den bekannten agrarischen Hochglanzblättchen die geschniegelten modernen landwirtschaftlichen Unternehmer betrachten und sich drüber amüsieren. Denn was die können, kann Bauer Beck schon lange. Urlaub machen zum Beispiel. Die Magd Toni macht es vor, rammt die Mistgabel in den Haufen, beschließt, dass schließlich irgendwer am Strand rumliegen müsse, setzt sich auf ihren Motorroller und braust ans Meer. Nun sagen die Agrarwissenschaftler, dass so einer wie Bauer Beck – strukturschwach, ohne Kostenführerschaft und mit völlig unspezialisierter Tierhaltung – aufgrund der Arbeitsbelastung niemals in Urlaub fahren könne. (Wobei der Vollständigkeit halber hinzugefügt werden muss, dass der durchrationalisierte, spezialisierte landwirtschaftliche Unternehmer seine kostbar freigesetzte Zeit nicht mit Urlaubmachen vertrödelnd sondern mit Gewinnmaximieren). Bauer Beck dagegen denkt ein bisschen nach, schmunzelt angesichts zu erwartender ungläu-

biger Blicke seiner Mitmenschen und lädt schließlich alle seine Tiere auf einen Anhänger. Dann spannt er den Hanomag – das Baujahr entspricht wohl seinem eigenen – davor und tuckert los. Hinaus in die Welt um Abenteuer zu bestehen, sonnenbebrillte BMW-

Z3-Stadtneurotikerinnen auszubremsen, sture Grenzer zu überlisten, es mit einem furchterregenden Strandwärter und einer fiesen Zeltplatztussi aufzunehmen und am Ende fast an einem hilfsbereiten aber machtlosen Hoteldirektor zu scheitern. (Die Figuren lassen sich beliebig ersetzen durch gehetzte 900er-Fendt-Vario Vorzeige-Verbandsfunktionäre, sture Subventionsbürokraten, furchterregende Gentechnik-Industrielle, fiese Saatgut-Treuhand-Kontrolleure und den hilfsbereiten aber machtlosen Kammervertreter). Aber der Bauer Beck wäre nicht Bauer, hätte er nicht auch ein bisschen Glück. Er entdeckt gerade noch rechtzeitig das Schild am Wegrand: 'Ferien auf dem Bauernhof'. Die Bäuerin winkte Bauer Beck freundlich zu, als er auf den Hof tuckerte. „Eine Kuh mit Kälbchen, ein Schaf, eine Ziege, ein Schwein, fünf Hühner und zwei Streithähne, ein Pferd und ein Hofhund“, zählte der Bauer Beck auf. „Ist das zu machen?“ „Das ist zu machen“, sagte die Bäuerin Hamm. Vielleicht ist es nicht zu weit hergeholt, an dieser Stelle die Grundsteinlegung eines solidarischen Bündnisses Gleichgesinnter zu bejubeln, obwohl es nur um einen Urlaub geht. „Hm“, brummte der Bauer Beck am nächsten Morgen, als er im Strandkorb saß. Er hatte seine Badehose an, sah auf das Meer hinaus und fühlte sich schon ziemlich erholt. Er wurde mit seinem Urlaub berühmt, die Salzburger Nachrichten schrieben über ihn: „Bauer Beck ist ein skurriler Zeitgenosse der tatsächlich das Zeug zum Helden hat“. Vielleicht ist es auch nicht zu weit hergeholt, sich manchmal als Bäuerinnen und Bauern den skurrilen Helden Beck, die durchsetzungsfähige Magd Toni und die unkompliziert, kooperative Bäuerin Hamm zum Vorbild zu nehmen – um es mit Tonis Worten zu sagen: „Irgendwer muss schließlich eine Sandburg bauen“. cs



Bauer Beck fährt weg, 13,80 €, zu beziehen über den ABL-Verlag

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12858
ABL-Bauernblatt Verlags GmbH
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: Zum Ausspannen

6/2002

- Zutreffendes bitte ankreuzen
- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €, im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 18,- bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31
oder FAX 02381- 492221